



## **Gemeinsinn und Leistung**

-

Wie Berlin zum Vorbild für die erfolgreiche Eingliederung  
der Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft wird

# Gliederung

## Einleitung

- Viele Zuwanderer sind gut integriert und bereichern Berlin
- Berlins Missstände sind besonders groß
- Wir müssen genauer hinsehen und zuhören – die Probleme und Lösungen sind Gruppe für Gruppe anders
- Drei Ziele: Kurs bestimmen, Maßnahmen entwickeln, Gemeinsinn stiften
- Das Konzept „Gemeinsinn und Leistung“ der CDU Berlin

## I. Ausgangslage

1. Integrationshemmnis: Mangelnde deutsche Sprachkenntnisse
2. Integrationshemmnis: Bildungsdefizite und fehlende Berufsabschlüsse
3. Integrationshemmnis: Arbeitslosigkeit
4. Integrationshemmnis: Segregation
5. Integrationshemmnis: Fehlende Identifikation mit Berlin und Deutschland
6. Integrationshemmnis: Gegenseitige Abschottung

## II. Leitlinien

1. Eine zielgerichtete, aktive Integrationspolitik ist notwendig – denn Deutschland hat ein erhebliches Interesse am Gelingen von Integration
2. Integration kann nur gelingen, wenn wir die einheimischen Deutschen dafür gewinnen – dazu müssen wir ihre Sorgen ernst nehmen
3. Integration kann nur gelingen, wenn wir die Zuwanderer dafür gewinnen – dazu müssen wir ihre Schwierigkeiten verstehen und diesen nachhaltig begegnen
4. Zuwanderer sollen Leistungsträger und nicht Leistungsempfänger werden

5. Wir wollen Identifikation mit Deutschland, Berlin und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stiften
6. Unsere gemeinsamen Integrationsanstrengungen dürfen nicht durch eine ungesteuerte Zuwanderungspolitik konterkariert werden

### **III. Integrationspolitische Maßnahmen**

1. Frauen zu Verbündeten für Integration machen
2. Aktive Förderung im vorschulischen Bereich – gleiche Chancen für alle Kinder schaffen
3. Bildungschancen besser nutzen
4. Jugendliche beim Übergang in die Berufsausbildung gezielt unterstützen
5. Perspektiven für den persönlichen Aufstieg bieten
6. Den Öffentlichen Dienst zum Vorbild machen
7. Den Zusammenhalt stärken – bürgerschaftliches Engagement fördern
8. Die Lebensverhältnisse in den Kiezen ausgewogen gestalten
9. Räume für Verständigung schaffen – miteinander, statt übereinander reden
10. Begrüßungsbüros einrichten und Integrationskurse ausbauen
11. Den Zugang zu zurückgezogen lebenden Zuwandererfamilien öffnen
12. Die deutsche Staatsangehörigkeit zum Ziel einer gelungenen Integration machen
13. Zuwanderung nach nationalen Interessen steuern
14. Handels- und Reiseerleichterungen schaffen
15. Kulturpolitik als Teil der Integrationspolitik begreifen
16. Den Dialog mit dem Islam suchen
17. Kriminalität konsequent bekämpfen
18. Integrationspolitik zur Chefsache machen

### **IV. Abschließende Betrachtung**

1 Vorgelegt von  
2 Burkard Dregger  
3 und Monika Grütters

Zur Diskussion gestellt durch  
das Präsidium der CDU Berlin

## 9 **Gemeinsinn und Leistung**

10 -

### 11 **Wie Berlin zum Vorbild für die erfolgreiche Eingliederung** 12 **der Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft wird**

13  
14

15 In Berlin leben etwa **863.500 Menschen mit Zuwanderungshintergrund**. Sie sind  
16 entweder selbst eingewandert oder stammen von Einwanderern der letzten 60 Jahre  
17 ab. 393.000 der Zuwanderer besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit. Unter ihnen  
18 stellen die deutschen Aussiedler die größte Gruppe dar. Die Menschen mit  
19 Zuwanderungshintergrund machen einen Anteil von 25,7 % der Berliner Bevölkerung  
20 aus. In manchen Berliner Bezirken beträgt ihr Anteil bis zu 45 %. Von den Berliner  
21 Kindern haben heute 43 % einen Zuwanderungshintergrund. Unter den  
22 Neugeborenen trifft dies auf bereits mehr als die Hälfte zu. Aufgrund der  
23 demografischen Entwicklung wird der Anteil der Berliner mit  
24 Zuwanderungshintergrund weiter wachsen.

25

### 26 **Viele Zuwanderer sind gut integriert und bereichern Berlin**

27

28 Viele von ihnen sind gut in das Leben unserer Stadt eingegliedert. Sie leisten als  
29 Ärzte, Polizisten, Handwerker, Händler, Arbeiter und Unternehmer einen wichtigen  
30 Beitrag zur Entwicklung unserer Stadt. **Sie identifizieren sich mit Berlin** und  
31 unserem Land. Sie fördern als ehrenamtlich Engagierte unser Gemeinwesen. Nicht  
32 zuletzt bereichern sie unsere Stadt kulturell und tragen dazu bei, dass Berlin  
33 einzigartig ist.

34

### 35 **Berlins Misstände sind besonders groß**

36

37 Gleichzeitig können wir aber nicht übersehen, dass dies auf eine viel zu große Zahl  
38 von in Berlin lebenden Menschen nicht zutrifft. Berlin hat erheblich mehr  
39 Leistungsempfänger als andere Städte. Sie können ihr Leben nicht selbstbestimmt  
40 führen und sind von Transferleistungen abhängig. Dies hat vielfältige Ursachen.

41 **Einige Ursachen** sind bei Menschen mit und ohne Zuwanderungshintergrund  
42 gleichgelagert. Doch es gibt auch Ursachen, die **spezifisch** sind **für Menschen mit**  
43 **Zuwanderungshintergrund**. Eine zu große Zahl unter ihnen besitzt trotz  
44 langjährigen Aufenthalts keine oder nur unzureichende deutsche Sprachkenntnisse,  
45 verfügt über keinen Schulabschluss oder keine abgeschlossene Berufsausbildung,  
46 leidet unter einer erheblich höheren Arbeitslosenquote und ist sehr viel häufiger von  
47 Armut bedroht.

48

49 Einige Probleme sind inzwischen stark verfestigt. Versäumnisse der Vergangenheit  
50 auf allen Seiten und auch der Politik haben dazu beigetragen. Es fehlt schon an  
51 einer umfassenden Bestandsaufnahme sowohl der Erfolge wie auch der Misstände  
52 und deshalb an einer präzisen Analyse. So kommt die falsche Schlussfolgerung des  
53 Senats zustande, es handele sich ausschließlich um soziale Probleme wie bei  
54 anderen aufstiegsfernen Problemgruppen auch.

55

### 56 **Wir müssen genauer hinsehen und zuhören –** 57 **die Probleme und Lösungen sind Gruppe für Gruppe anders**

58

59 Die Lage der verschiedenen Zuwanderergruppen ist unterschiedlich. Europäische  
60 Zuwanderer sind in der Regel gut integriert. Bei den Zuwanderern aus nicht  
61 europäischen Staaten gibt es erhebliche Unterschiede. Auch von den Zuwanderern  
62 mit türkischen und arabischen Wurzeln haben viele Schule und Berufsausbildung oder  
63 Studium erfolgreich absolviert und den Weg in ein eigenverantwortliches und  
64 selbständiges Leben geschafft. Zu viele von ihnen jedoch leben zurückgezogen. Sie  
65 beherrschen weder die deutsche Sprache noch die Sprache ihrer Eltern richtig und  
66 haben infolgedessen weder einen Schulabschluss noch einen Beruf erlernt. Sie  
67 hängen oft archaischen Vorstellungen von Familienehre nach und es mangelt ihnen  
68 zugleich an Respekt gegenüber staatlichen Autoritäten. Ungelöste Probleme

69 bestehen auch aufgrund unterschiedlicher Weltanschauung und Religion. Daher  
70 wäre es falsch, alle Zuwanderer über einen Kamm zu scheren oder die Probleme bei  
71 der Integration von Zuwanderern mit der allgemeinen sozialen Frage in Berlin  
72 gleichzusetzen. Um die richtigen Lösungen zu finden, müssen die Probleme  
73 zutreffend erkannt werden. **Differenzierung tut Not.**

74

75 **Drei Ziele: Kurs bestimmen, Maßnahmen entwickeln, Gemeinsinn stiften**

76

77 Wir wollen mit diesem Papier drei Ziele erreichen: Erstens wollen wir mit unseren  
78 Leitlinien den grundsätzlichen Kurs unserer Integrationspolitik bestimmen. Zweitens  
79 wollen wir die notwendigen integrationspolitischen Maßnahmen vorschlagen. Und  
80 schließlich wollen wir die Berliner mit und ohne Zuwanderungsgeschichte davon  
81 überzeugen, dass sie gemeinsam im selben Boot sitzen. **Einheimische und**  
82 **Zuwanderer stehen nicht in einem Interessengegensatz zueinander.** Vielmehr  
83 besitzen sie ein gemeinsames Interesse an der erfolgreichen Eingliederung der  
84 Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und an ihrer vollen Teilhabe an Bildungs-,  
85 Erwerbs- und Aufstiegschancen.

86

87 **Das Konzept „Gemeinsinn und Leistung“ der CDU Berlin**

88

89 Dazu hat die Berliner CDU das Konzept „**Gemeinsinn und Leistung**“ entwickelt. Es  
90 verdeutlicht, dass Integration nur gelingen kann, wenn die bestehenden **Probleme**  
91 **frei von Ideologie und Tabus ehrlich benannt** werden, wenn wir dabei sowohl die  
92 Sichtweise und Interessen der Zuwanderer als auch die der Einheimischen  
93 berücksichtigen, wenn wir vermitteln, dass Integration im **gemeinsamen Interesse**  
94 beider liegt. Nur mit diesem aufrichtigen Herangehen können wir alle für einen  
95 gemeinsamen Integrationskurs gewinnen, die Menschen **unserer Stadt**  
96 **zusammenführen** und den sozialen Frieden langfristig sichern. Wir wollen die Stadt  
97 einen, weil sie nur **eine gemeinsame Zukunft** haben kann.

98

99 Zudem glauben wir, dass Maßnahmen zur Integration ohne nachhaltige Wirkung  
100 bleiben, wenn **die Stadt als Ganzes sich nicht auf ein gemeinsames Leitbild**  
101 **verständigt.** Nur wenn wir wissen, dass und nach welchen Prinzipien wir zusammen  
102 leben wollen, werden wir unsere Gemeinsamkeiten erweitern können. Integration hat

103 vielfach ohne Leitbild auskommen müssen oder wurde vom gescheiterten Multi-Kulti-  
104 Gedanken geprägt. **Ohne Leitbild aber werden Integrationsmaßnahmen zur**  
105 **bloßen Hilfeleistung.**

106

107 Anders als andere Ansätze setzt sich das **Konzept „Gemeinsinn und Leistung“**  
108 daher besonders mit der Rolle des Staates, den Grundwerten, der Rechtsordnung  
109 und der Religion auseinander.

110

111 Die CDU Berlin bekennt sich dazu, dass verfestigten Missständen unter Teilen der  
112 Zuwanderer auch mit Sanktionen begegnet werden muss. Wir halten jede Form von  
113 **Toleranz gegenüber Kriminalität, systematischer Abschottung oder**  
114 **Einschüchterung von staatlichen Institutionen** – seien es Lehrer, Polizisten oder  
115 Sozialarbeiter – für **falsch**. Nur Strenge schafft in diesen Fällen den notwendigen  
116 Respekt. Diese Strenge wird gerade auch von den Betroffenen erwartet. Gutes  
117 Zureden oder Zuwendungen helfen in diesen Fällen nicht. Das gilt selbstverständlich  
118 für alle gleichermaßen - nicht nur für Zuwanderer.

119

120 Dennoch steht im Zentrum unseres Leitbildes für Integration gerade nicht die  
121 Repression. **Die CDU als christlich geprägte Partei stellt** seit ihrer Gründung  
122 **Menschenwürde, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in den Mittelpunkt ihres**  
123 **Menschenbildes und ihres Grundverständnisses für unsere Gesellschaft.**  
124 Repression dient nur als untergeordnetes Mittel zur Abwehr von Bedrohungen für  
125 unser friedliches Gemeinwesen. Gerade für die Integration von Zuwanderern ist eine  
126 einseitige Betonung auf Repression falsch. Denn sie nähme die große Mehrheit der  
127 Zuwanderer in Mitverantwortung für eine Minderheit an Integrationsverweigern. Das  
128 spaltet die Gesellschaft und vergrößert die Integrationsprobleme.

129

130 Die CDU Berlin plädiert auch bei diesem Thema für Maß und Mitte. Eine  
131 Unterdrückung berechtigter Sorgen ist ebenso falsch und im Ergebnis  
132 integrationsfeindlich wie eine übertriebene Betonung von Verfehlungen einer kleinen  
133 Minderheit. Die Union hat in ihrer Geschichte mehrfach zur Einheit von ursprünglich  
134 sich fern stehenden Bevölkerungsgruppen und ihren Gedanken beigetragen. Auch  
135 die Aussöhnung mit unseren Nachbarn war stets ihr Programm. So sieht es die

136 Berliner **CDU als** ihre Aufgabe an, sich als **Anwalt aller integrationswilliger**  
137 **Zuwanderer** zu verstehen und zu Gemeinsein in unserer Stadt beizutragen.

138

139 Als Berliner sind wir uns bewusst, dass sich aus der Hauptstadtfunktion unserer  
140 Stadt eine **originäre Vorbildfunktion für ganz Deutschland** ergibt. So zeigen etwa  
141 die Vorgänge im Jahr 2006 um die Neuköllner Rütli-Schule, dass lokale Ereignisse  
142 aufgrund der Präsenz der Bundespolitik in Berlin bundesweite Aufmerksamkeit  
143 hervorrufen und Einfluss auf die Bundespolitik haben. Diesen Einfluss wollen wir  
144 nutzen. Wir wollen Berlin zum Vorbild für die erfolgreiche Eingliederung der  
145 Zuwanderer machen.

146

147

148

## 149 **I. Ausgangslage**

150

151 Wie ist die derzeitige Ausgangslage? Worin bestehen die ärgsten  
152 Integrationshemmnisse?

153

### 154 **1. Integrationshemmnis: Mangelnde deutsche Sprachkenntnisse**

155

156 Der Erwerb der deutschen Sprache ist unabdingbare Voraussetzung für  
157 Eingliederung und Aufstieg in unserer Stadt. Alle repräsentativen  
158 Untersuchungen kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass sich die  
159 Sprachkompetenzen der Zuwanderer je nach Herkunftsland unterscheiden. Für  
160 rund ein Drittel der türkischstämmigen Zuwanderer ist eine nur geringe  
161 Sprachkompetenz festgestellt worden. Zu viele leiden gar unter „doppeltem  
162 Analphabetismus“, da sie weder die deutsche noch die Heimatsprache ihrer  
163 Eltern beherrschen. Auch die Erfahrungen an den Berliner Schulen zeigen  
164 deutlich, dass gerade die schlecht eingegliederten Zuwandererkinder über zum  
165 Teil erhebliche Sprachdefizite verfügen. Nicht nur Kinder, auch Erwachsene  
166 brauchen Erfolgserlebnisse. Ohne ausreichende deutsche Sprachkenntnisse  
167 werden sie sie nicht haben.

168

169



## 170 **2. Integrationshemmnis: Bildungsdefizite und fehlende Berufsabschlüsse**

171

172 Bildung und berufliche Qualifikation sind Voraussetzung für beruflichen Erfolg  
173 und wirtschaftliche Eigenständigkeit. Im Jahr 2007 verfügten 18,9 % der  
174 Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im Alter von 25 bis 65 Jahren über  
175 keinen Schulabschluss im Vergleich zu nur 1,9 % der Menschen ohne  
176 Zuwanderungsgeschichte. 2007 betrug die Schulabbrecherquote 7,3 % der  
177 Gesamtbevölkerung und 16 % bei Ausländern.

178

## 179 **3. Integrationshemmnis: Arbeitslosigkeit**

180

181 Arbeit ist ein wichtiger Integrationsfaktor. Am Arbeitsplatz wirken Menschen  
182 zusammen und entwickeln Gemeinsinn. Von den in Berlin lebenden Menschen  
183 mit Zuwanderungsgeschichte waren am 31.12.2008 mehr als 30 % arbeitslos  
184 im Vergleich zu 12,8 % der Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte. Etwa  
185 20 % aller Berliner erhalten staatliche Transferleistungen im Vergleich zu 5 %  
186 der Bayern und Baden-Württemberger. Zwei Drittel aller armutsgefährdeten  
187 Familien haben eine Zuwanderungsgeschichte. Das Thema Arbeit hat eine  
188 besondere Schlüsselfunktion. Denn andere Integrationshemmnisse werden  
189 massiv verstärkt, wenn es an dauerhafter Beschäftigung fehlt. Selbst ein  
190 schlecht Deutsch sprechender Kollege im Betrieb findet leichter Anschluss,  
191 Anerkennung und Austausch mit seinen Kollegen als ein Arbeitssuchender.

192

## 193 **4. Integrationshemmnis: Segregation**

194

195 In einer Reihe von Berliner Kiezen liegt der Zuwandereranteil bei über 60 % der  
196 Bevölkerung. Dies trifft auf fünf Kieze in Kreuzberg und je vier in Mitte und  
197 Neukölln zu. Auch in Spandau, Lichtenberg, Schöneberg, Wilmersdorf und  
198 Reinickendorf entstehen Kieze mit einem Zuwandereranteil von deutlich über  
199 30%. An manchen Schulen in diesen Kiezen beträgt der Anteil der Kinder mit  
200 Zuwanderungshintergrund über 80 %. Derartige Konzentrationen erschweren  
201 die Gemeinschaft, den Gemeinsinn und das gegenseitige Verständnis der  
202 Berliner mit und ohne Zuwanderungshintergrund.

203

## 204 **5. Integrationshemmnis: Fehlende Identifikation mit Berlin und Deutschland**

205

206 Rund ein Drittel der türkischstämmigen Zuwanderer fühlt sich der Türkei stärker  
207 verbunden, ein Drittel fühlt sich Deutschland stärker verbunden und ein Drittel  
208 fühlt sich beiden Ländern gleich stark verbunden. Daneben erklären 61 % von  
209 ihnen, sich ausgegrenzt und diskriminiert zu fühlen. Eine große Zahl der gut  
210 Ausgebildeten unter ihnen gibt an, Deutschland den Rücken kehren zu wollen.  
211 Nur wer sich willkommen fühlt, wird sich mit unserer Stadt und unserem Land  
212 identifizieren.

213

## 214 **6. Integrationshemmnis: Gegenseitige Abschottung**

215

216 Viele Berliner haben Sorgen vor hoher Zuwanderung und Überfremdung. Auch  
217 das wahrnehmbare Auftreten der islamischen Religion weckt Besorgnisse.  
218 Verteilt auf verschiedene Verwaltungen gibt es in Berlin eine Vielzahl  
219 unkoordinierter Einzelprojekte, deren Erfolg nicht messbar ist. Das führt zu einer  
220 Enttäuschung über hohe Integrationskosten und geringe Integrationserfolge.  
221 Integration erfordert aber, dass die Berliner mit und ohne  
222 Zuwanderungsgeschichte ihren Lebensalltag teilen und nicht unbeteiligt  
223 nebeneinander her leben.

224

225 Überspitzt zusammenfassend lässt sich sagen: Ausgerechnet viele gut Ausgebildete  
226 verlassen Berlin und Deutschland. Zu viele von denen, die hier bleiben, sind  
227 frustriert, schlecht ausgebildet und nur schwer in der Lage, für sich und ihre Familien  
228 ein selbstbestimmtes Leben aufzubauen. Und viele Einheimische beklagen die  
229 hohen Integrationskosten und die geringen Integrationserfolge, ziehen sich skeptisch  
230 und resigniert zurück und verweigern ihren Beitrag zur Integration. Das wollen wir  
231 ändern.

232

233

234

235

236

237

238 **II. Leitlinien**

239

240 Auf der Grundlage dieser Einschätzung legen wir folgende **Leitlinien für unsere**  
241 **zukünftige Integrationspolitik** fest:

242

243 1. Eine zielgerichtete, aktive Integrationspolitik ist notwendig – denn Deutschland  
244 hat ein erhebliches Interesse am Gelingen von Integration

245

246 2. Integration kann nur gelingen, wenn wir die einheimischen Deutschen dafür  
247 gewinnen – dazu müssen wir ihre Sorgen ernst nehmen

248

249 3. Integration kann nur gelingen, wenn wir die Zuwanderer dafür gewinnen – dazu  
250 müssen wir ihre Schwierigkeiten verstehen und diesen nachhaltig begegnen

251

252 4. Zuwanderer sollen Leistungsträger und nicht Leistungsempfänger werden

253

254 5. Wir wollen Identifikation mit Deutschland, Berlin und der freiheitlich-  
255 demokratischen Grundordnung stiften

256

257 6. Unsere gemeinsamen Integrationsanstrengungen dürfen nicht durch eine  
258 ungesteuerte Zuwanderungspolitik konterkariert werden

259

260

261 Diese Leitlinien werden nachfolgend im Einzelnen erläutert:

262

263

264

265

266

267

268

269

270

271

272 **1. Eine zielgerichtete, aktive Integrationspolitik ist notwendig – denn**  
273 **Deutschland hat ein erhebliches Interesse am Gelingen von Integration**

274  
275 Die Bundesrepublik Deutschland hat sich bei ihrer Gründung darauf beschränkt, den  
276 Menschen einen Ordnungsrahmen für ihr im Übrigen freies und wirtschaftlich  
277 eigenverantwortliches Leben zu geben. Über die Jahrzehnte hat sie sich aber von  
278 einem Ordnungsstaat zu einem insbesondere sozialpolitisch motivierten  
279 Interventionsstaat gewandelt. Es gibt kaum noch Lebensbereiche, in denen ein  
280 permanenter Eingriff des Staates nicht erfolgt. Man kann diesbezüglich Zweifel  
281 hegen, ob dies zum Besten der Menschen ist. Denn staatlicher Eingriff lähmt  
282 Eigeninitiative und Verantwortungsbewusstsein des Einzelnen und erzielt nicht  
283 immer die gewünschten Ergebnisse.

284  
285 Für die CDU Berlin gilt: **Der staatliche Eingriff in das Leben der Menschen bedarf**  
286 **immer der Rechtfertigung und der ständigen Überprüfung auf seine**  
287 **Berechtigung und Effizienz.** Denn der Eingriff des Staates ist in der Regel mit  
288 Einschränkungen der persönlichen Freiheit des Einzelnen und mit dem Einsatz von  
289 Steuergeldern verbunden.

290  
291 Die **Ergebnisse der bisherigen integrationspolitischen Interventionen des**  
292 **Staates sind zweifelhaft.** Es ist viel Geld ausgegeben und dabei wenig erreicht  
293 worden. Es existieren keine wohl strukturierten Mechanismen, die den  
294 Ordnungsrahmen darstellen. Integrationspolitik konzentriert sich darauf, über eine  
295 Vielzahl von Projekten das staatliche Füllhorn gleichmäßig wie mit einer Gießkanne  
296 auszuschütten. Eine Kontrolle des zu erwartenden und des erzielten Nutzens findet  
297 nicht statt. So sieht kein verantwortlicher Umgang mit Steuergeldern aus. Es  
298 verwundert daher nicht, dass viele Bürger in den Problemkiezen den ineffizienten  
299 Einsatz ihrer Steuergelder in der Integrationspolitik als Verschwendung erleben.

300  
301 Was also rechtfertigt die Intervention des Staates bei der Eingliederung von  
302 Zuwanderern?

303  
304 a) Die Kosten einer erfolgreichen Integration sind geringer als die Kosten  
305 mangelnder Integration.

306 Es ist im gemeinsamen Interesse aller, dass die **Menschen in der Lage sind**  
307 oder in die Lage versetzt werden, **sich und ihre Familie durch eigene**  
308 **Erwerbstätigkeit zu unterhalten** und dies als erstrebenswertes Ziel eines  
309 **selbstbestimmten Lebens** erkennen. Daher sind alle effektiven Maßnahmen  
310 hierzu im gemeinsamen Interesse. Dazu gehört der volle Zugang zu Bildung,  
311 Ausbildung, beruflicher Qualifikation und zum Arbeitsmarkt. Wenn dies nicht  
312 gelingt, werden die betroffenen Menschen die Solidargemeinschaft dauerhaft  
313 in Anspruch nehmen müssen und Mittel binden, die dann nicht für andere  
314 Zwecke zur Verfügung stehen. Zugleich entsteht die Gefahr des Abrutschens  
315 in die Kriminalität. Das kann niemand wollen.

316

317 b) Die Bevölkerungsentwicklung ist in Deutschland trotz Zuzugs rückläufig. Sie  
318 hat sich von 82.438.000 am 31.12.2005 auf etwa 82.002.000 im Jahre 2008  
319 reduziert. Während im Jahre 1964 1.357.304 Kinder in der Bundesrepublik  
320 Deutschland und der damaligen DDR zur Welt kamen, sind im Jahre 2008 nur  
321 682.514 und damit nur etwa die Hälfte im wiedervereinigten Deutschland  
322 geboren worden. Ohne Zuwanderung nach dem Zweiten Weltkrieg betrüge  
323 die Bevölkerung Deutschlands heute nicht 82,1 Millionen, sondern knapp  
324 67 Millionen Menschen. Doch trotz Zuwanderung gehen die Studien von einer  
325 rückläufigen Bevölkerungsentwicklung aus; die Berechnungen für das Jahr  
326 2030 schwanken zwischen 77,35 und 79,03 Millionen.

327

328 Es ist erkennbar, dass Deutschland ohne die bei uns lebenden Zuwanderer  
329 eine überalternde Gesellschaft finanzieren und seine soziale Leistungskraft  
330 erheblich einschränken müsste. **Gut integrierte Zuwanderer steuern einen**  
331 **wesentlichen Beitrag zur Leistungsfähigkeit unseres Gemeinwesens bei.**

332

333 c) Der Region Berlin-Brandenburg steht in den kommenden Jahren ein  
334 **erheblicher Fachkräftemangel** bevor. In vielen Bereichen der Wirtschaft ist  
335 dieser Mangel schon jetzt spürbar. Aufgrund der demografischen Entwicklung  
336 sind wir zunehmend auf die Fähigkeiten von Zuwanderern angewiesen. Es ist  
337 im allgemeinen Interesse, dass auch Menschen mit Zuwanderungsgeschichte  
338 zu Fachkräften ausgebildet werden. Zudem sind viele von ihnen mit ihren

339 Sprachkenntnissen und ihrer Migrationserfahrung in der zunehmenden  
340 Globalisierung für viele deutsche Unternehmen ein handfester Gewinn.

341

342 d) Auch haben wir ein **kulturelles Interesse** an den bei uns lebenden Menschen  
343 mit Zuwanderungsgeschichte. Kulturelle Vielfalt ist kultureller Reichtum, und  
344 das ist für eine Stadt wie Berlin von Bedeutung. Es entspricht unserem  
345 **christlichen Menschenbild**, dass uns an allen dauerhaft in unserer  
346 Gemeinschaft lebenden Menschen gelegen ist.

347

348

349 **2. Integration kann nur gelingen, wenn wir die einheimischen Deutschen**  
350 **dafür gewinnen – dazu müssen wir ihre Sorgen ernst nehmen**

351

352 Die Eingliederung der Zuwanderer kann nur **mit und nicht gegen den Willen der**  
353 **einheimischen Deutschen** gelingen. Nur wenn wir ihre Sorgen ernst nehmen,  
354 werden sie zu überzeugen sein und die Integration unterstützen.

355

356 40 % der Berliner sind nach einer Umfrage von Infratest dimap vom Dezember 2009  
357 für ein Minarettverbot. Nach einer Emnid-Umfrage vom 11.10.09 glauben 51 % der  
358 Deutschen, dass 70 % der türkischen und 90 % der arabischen Bevölkerung in Berlin  
359 nicht integrationswillig oder integrationsfähig sind. Wie kommt es zu diesen  
360 Umfrageergebnissen?

361

362 Diese Zahlen sind Ausdruck einer großen Sorge vieler Einheimischer vor  
363 Zuwanderung, Überfremdung, Ausnutzung des deutschen Sozialstaates, steigender  
364 Kriminalität und der sozialen Sprengkraft zwischen den Parallelgesellschaften. Viele  
365 Mitbürger mit diesen Besorgnissen fühlen sich und die deutschen Interessen politisch  
366 nicht vertreten. Wagen sie, ihre Besorgnisse zu äußern, müssen sie befürchten, dass  
367 sie deswegen verlacht und verhöhnt oder moralisch verurteilt werden. Sie  
368 schweigen daher, unterdrücken ihre Besorgnisse und ziehen sich zurück, bis sich  
369 ihre Stimmung in Umfragen wie den vorgenannten entlädt. Das können wir nicht  
370 wollen.

371

372 Wir machen es uns zu leicht, wenn wir der Integrations skepsis vieler Einheimischer  
373 immer gleich mit der „moralischen Keule“ begegnen. Damit nehmen wir ihnen die  
374 Sorgen nicht und gewinnen sie auch nicht für gemeinsame  
375 Integrationsanstrengungen. Für eine erfolgreiche Integration ist es aber erforderlich,  
376 dass beide Seiten daran mitwirken. Denn **Integration kann nicht staatlich**  
377 **angeordnet werden**. Sie benötigt die Mitwirkung aller, der Einheimischen wie der  
378 Zuwanderer, im Alltag in den Kiezen und Vereinen, an Schulen und am Arbeitsplatz.  
379 Wenn sich ein Teil der Gesellschaft der Integration verweigert, dann kann auch der  
380 Staat nur wenig erreichen. **Gemeinschaft und Zusammengehörigkeit können nur**  
381 **wachsen, wenn die Beteiligten die Gemeinschaft auch wollen**. Daher ist es  
382 erforderlich, dass wir die Menschen zusammenführen und ihnen ihre Ängste und  
383 Sorgen nehmen.

384  
385 Dazu bedarf es **verantwortungsvoller politischer Führung**. Diese muss zum einen  
386 deutlich machen, dass eine kluge Integrationspolitik neben den Interessen der  
387 Zuwanderer auch die deutschen Interessen berücksichtigt. Dies ist in der  
388 Vergangenheit nicht geschehen. Je glaubwürdiger **deutsche Interessen vertreten**  
389 werden, desto größer wird die Unterstützung der Integration der Zuwanderer und  
390 desto kleiner wird die Zahl der Skeptiker.

391  
392 Zum anderen müssen Einwanderer wie Einheimische davon überzeugt werden, dass  
393 eine gelungene Integration in ihrem eigenen wie im **gemeinsamen Interesse** liegt  
394 und dass sie im selben Boot sitzen. Das ist bislang nicht geschehen.

395  
396  
397 **3. Integration kann nur gelingen, wenn wir die Zuwanderer dafür gewinnen –**  
398 **dazu müssen wir ihre Schwierigkeiten verstehen und diesen nachhaltig**  
399 **begegnen**

400  
401 Die gewünschte Eingliederung der Zuwanderer kann nur gelingen, wenn die  
402 betroffenen Zuwanderer mitwirken. Dazu sollten wir die Reservierten unter ihnen  
403 anhalten, vor allem mit Überzeugungsarbeit und Motivation, notfalls aber auch mit  
404 Nachdruck und Sanktion.

405

406 Es gilt, allen Menschen mit Zuwanderungshintergrund die **Integration als große**  
407 **persönliche Chance** zu verdeutlichen. Es ist die Chance, gleichberechtigter Teil  
408 einer großen Kulturnation zu werden und den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg  
409 hin zu einem selbstbestimmten Leben zu schaffen. Dieses reizvolle Angebot wollen  
410 wir mit umfangreichen Maßnahmen unterstützen.

411  
412 Dazu gehört es auch, die eingliederungswilligen Zuwanderer willkommen zu heißen  
413 und ihnen das Gefühl zu vermitteln, dass wir zur Gemeinschaft mit ihnen bereit sind.  
414 **Wer sich ausgegrenzt und nicht willkommen fühlt, den kann man auch nicht**  
415 **zur Mitwirkung gewinnen.** Daher müssen wir die Menschen unterschiedlicher  
416 Herkunft zusammenbringen und ihre Gemeinschaft fördern. Hier ist nicht nur der  
417 Staat gefordert, sondern hier bedarf es der Mitwirkung der vor Ort lebenden  
418 Menschen. Begründen wir auf lokaler Ebene, gerade in den sogenannten  
419 Problemkiezen, eine Kultur der Begegnung, des Gesprächs und der  
420 Gemeinsamkeiten. Motivieren wir möglichst viele Menschen, die Gesellschaft vor Ort  
421 zu gestalten und Verantwortung zu übernehmen. Entwickeln wir eine **moderne Form**  
422 **des Nation-Building auf lokaler Ebene.**

423

424

#### 425 **4. Zuwanderer sollen Leistungsträger und nicht Leistungsempfänger werden**

426

427 Die hohe Anzahl der Empfänger von Transferleistungen in Deutschland und  
428 besonders in Berlin ist eine große Belastung für die öffentlichen Haushalte und die  
429 Sozialsysteme. Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte und die in das  
430 Grundgesetz eingebaute Schuldenbremse werden wachsende Belastungen durch  
431 steigende Transferleistungen zukünftig nicht zulassen. Daher haben weder  
432 Einheimische noch Zuwanderer ein Interesse daran, dass diese Belastung wächst.  
433 Um sie zu reduzieren, müssen allen dauerhaft bei uns lebenden Menschen, ob mit  
434 oder ohne Migrationshintergrund, alle **Bildungswege und Aufstiegschancen**  
435 offenstehen, und wir müssen sie und uns verpflichten, diese Chancen zu ergreifen  
436 und ein eigenverantwortliches Leben anzustreben. Deutschland muss zur  
437 **Bildungsrepublik und zur Aufsteigerrepublik für Einheimische und Zuwanderer**  
438 **werden.** Leistung muss sich lohnen. Und dass sich Leistung lohnt, muss vermittelt  
439 werden.



440 Dazu bedarf es umfangreicher Anstrengungen im vorschulischen Bereich, in Schule  
441 und Berufsausbildung, auf dem Arbeitsmarkt, in der Berufsqualifikation, im Studium  
442 und bei Unternehmensgründungen. **Eigenverantwortung und gesellschaftliches**  
443 **Engagement** aller Bürger mit und ohne Zuwanderungsgeschichte sind – wie in so  
444 vielen Bereichen – unersetzlich. Ziel ist es, die Zuwanderer zu Akteuren ihres  
445 eigenen gesellschaftlichen Aufstiegs zu machen.

446

447

#### 448 **5. Wir wollen Identifikation mit Deutschland, Berlin und der freiheitlich-** 449 **demokratischen Grundordnung stiften**

450

451 Der wirtschaftliche Aufstieg ist aber nur die eine Seite der Medaille der Eingliederung  
452 der Zuwanderer. Ebenso wichtig ist, dass sich die dauerhaft bei uns lebenden  
453 Menschen zu den **Grundwerten unserer freiheitlich-demokratischen**  
454 **Grundordnung** bekennen, diese Werte leben und an ihre Kinder weitergeben und  
455 sich **mit Deutschland als ihrem Land identifizieren**. Daher ist unser Ziel, dass alle  
456 dauerhaft bei uns lebenden Menschen deutsche Staatsbürger werden.

457

458 Warum ist das so wichtig?

459

460 In Berlin leben Menschen aus 186 verschiedenen Ländern. Auch wenn man die  
461 Zukunft unseres Gemeinwesens als eine kosmopolitische Föderation der Kulturen  
462 sähe, so hat doch eine Föderation wie ein Mosaik eine Struktur. Diese Struktur sind  
463 die Bindekräfte, die unser Land als Identifikation stiftende Gemeinschaft auf Dauer  
464 zusammenhalten.

465

466 Bei aller Heterogenität und Vielfalt der Herkunft der Zugezogenen kann **eine**  
467 **Gesellschaftsordnung ohne innere Bindekräfte nicht auf Dauer existieren**.  
468 Gerade eine demokratische Gesellschaft bedarf des Bekenntnisses und der  
469 Mitwirkung ihrer Mitglieder. Ernst-Wolfgang Böckenförde, ehemaliger Richter am  
470 Bundesverfassungsgericht, hat gesagt: „Der freiheitliche, säkulare Staat lebt von  
471 Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ Das bedeutet: **Unsere**  
472 **Demokratie ist in ihrer Existenz darauf angewiesen, dass sie von den sie**  
473 **tragenden Bürgern geschätzt, gelebt und erhalten wird**. Diese Geisteshaltung

474 müssen wir nicht nur uns selbst und unseren Kindern, sondern auch den  
475 Zuwanderern täglich nahe bringen, wir müssen sie und uns darauf verpflichten.

476

477 Dazu ist es erforderlich, dass **wir uns selbst unserer Werte bewusst werden**, dass  
478 wir uns zu ihnen bekennen, dass wir sie nicht der Beliebigkeit anheimstellen,  
479 sondern dass wir sie selbst leben und von allen, die mit uns dauerhaft  
480 zusammenleben wollen, einfordern.

481

482 Welches sind die **Grundwerte, die unser Land zusammenhalten**? Was macht  
483 unsere sittliche Haltung aus? Um dies zu beantworten, müssen wir uns der über  
484 zweitausendjährigen Wurzeln unserer deutsch-europäischen Kulturgeschichte  
485 bewusst werden. Sie begann mit der griechischen Antike und ist geprägt worden  
486 durch die Christianisierung Deutschlands und Europas, das im Heiligen Römischen  
487 Reich Deutscher Nation über fast 1.000 Jahre seine Ordnung fand. Sie ist auch  
488 geformt worden durch Reformation und Aufklärung, die bürgerliche Revolution von  
489 1848 und die erste deutsche Verfassung von 1849, durch die großen deutschen  
490 Dichter, Denker und Musiker, ebenso durch die Brüche, Tiefpunkte und Verbrechen  
491 des 20. Jahrhunderts, aber auch durch den deutschen Erfindergeist und die  
492 Leistungen des Wiederaufbaus in der politischen, wirtschaftlichen und moralischen  
493 Stunde Null am Ende des Zweiten Weltkrieges. Diese Entwicklung war  
494 Voraussetzung für das Grundgesetz, das mit unübertroffener Schönheit und Klarheit  
495 den **Kernsatz unserer sittlichen Ordnung** in Artikel 1 zum Ausdruck bringt:

496

497 *„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten*  
498 *und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“*

499

500 Für diese großartige **deutsch-europäische kulturgeschichtliche Identität** müssen  
501 wir die Zuwanderer gewinnen, ja begeistern.

502

503 Wir Deutsche müssen uns aber auch fragen, ob wir selbst in ausreichendem Maße  
504 für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten. **Wie können wir**  
505 **erwarten, dass Zuwanderer Enthusiasmus für Deutschland und den**  
506 **demokratischen Rechtsstaat entwickeln, wenn wir nicht selbst begeistert**  
507 **unsere Werte leben** ? Wie können wir von Zuwanderern ein Bekenntnis zu unseren

508 Werten erwarten, wenn wir nicht selbst Stolz auf unser Land empfinden und wenn wir  
509 nicht selbst unsere Wertschätzung für unser Land, unsere Geschichte und Kultur und  
510 unsere demokratische Ordnung zum Ausdruck bringen, in dem wir sie als  
511 unantastbar und als Grundlage eines zivilisierten Zusammenlebens einfordern?

512

513 Was für unseren Patriotismus für Deutschland und für unsere Wertschätzung für  
514 unsere Grundwerte gilt, gilt in gleicher Weise für unsere Liebe zu Berlin. Nur wenn  
515 sich die Berliner mit ihrer Stadt identifizieren, können sie als Botschafter ihrer Stadt  
516 Zuwanderer für die Mitwirkung am Gemeinwesen gewinnen. Erfolgreiche  
517 Integrationsstädte wissen ihre Zuwanderer mit ihrem Patriotismus anzustecken. **Aus**  
518 **einer starken gemeinsamen Liebe zu Berlin erwächst die Attraktivität, die die**  
519 **Zuwanderer an- und mitzieht** für das Gemeinwesen.

520

521 **Sichtbares Zeichen für die Identifizierung mit unserem Land ist der Erwerb der**  
522 **deutschen Staatsangehörigkeit.** Wir wollen, dass alle dauerhaft bei uns lebenden  
523 Zuwanderer die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben und dazu die  
524 Voraussetzungen für ihren Erwerb erfüllen. Sie sollte eine **Auszeichnung sein für**  
525 **die, die sich erfolgreich eingegliedert haben.** Ihre Verleihung soll der Regelfall  
526 und nicht wie heute die Ausnahme sein.

527

528

529 **6. Unsere gemeinsamen Integrationsanstrengungen dürfen nicht durch**  
530 **eine ungesteuerte Zuwanderungspolitik konterkariert werden**

531

532 Es steht außer Frage, dass sich die Zuwanderungspolitik auf die Integrationspolitik  
533 auswirkt.

534

535 Die heutigen Probleme bei der Integration eines Teils der in den letzten 60 Jahren  
536 Eingewanderten sind das Ergebnis einer langjährigen verfehlten  
537 Zuwanderungspolitik. **Zuwanderung wurde** seit Beginn der 70er Jahre mehr und  
538 mehr **ungesteuert zugelassen.** Anders als in den 50er und 60er Jahren wurde sie  
539 nicht am Bedarf des Arbeitsmarktes oder sonstigen nationalen Interessen  
540 ausgerichtet. Zugleich verhinderte die verbreitete **Multikulti-Romantik** die  
541 Eingliederung der Zuwanderer und die bewusste Gewinnung für die Werte, für die

542 unser Gemeinwesen steht. Eingliederung? Wozu? Jeder sollte doch bleiben können,  
543 was er war, also Türke, Kurde, Araber, Russe, Vietnamesen usw. Es war „political  
544 incorrect“, die Zuwanderung nach nationalen Interessen zu steuern und Erwartungen  
545 an die Integrationsbereitschaft der Zuwanderer zu formulieren. Das Ergebnis dieser  
546 Paarung aus verantwortungsloser Zuwanderungspolitik und sorgloser  
547 Integrationsverhinderung stellt heute eine der größten gesellschaftspolitischen  
548 Herausforderungen dar.

549

550 Richtig ist: Wir müssen Art und Ausmaß der Zuwanderung an den Interessen  
551 unseres Gemeinwesens ausrichten. Kriterien sind dabei auch der Bedarf und die  
552 Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes sowie die Lage der Sozialsysteme. Das  
553 aktuelle, in der großen Koalition **reformierte Zuwanderungsrecht in Deutschland**  
554 **hat sich bewährt**. Doch gerade für Hochqualifizierte muss Deutschland noch  
555 attraktiver werden. In diesem Segment sind wir weiterhin von Abwanderung bedroht.  
556 Gerade für eine Stadt wie Berlin ist die Umkehrung dieser Entwicklung sehr  
557 bedeutend.

558

559 Deutschlands Zukunft hängt davon ab, dass es seine in vielen Bereichen bestehende  
560 Technologieführerschaft bewahrt und ausbaut. Deutschland, arm an Rohstoffen, hat  
561 seinen heutigen Wohlstand ausschließlich dem Fleiß und Erfindungsgeist seiner  
562 Menschen zu verdanken. „Made in Germany“ ist zu einer Marke für  
563 Spitzentechnologie geworden. Deutschland lebt auch heute davon, die besten  
564 Technologien zu entwickeln, zu vermarkten und zu exportieren. Daher hat  
565 Deutschland ein existentielles Interesse daran, dass **die bei uns lebenden**  
566 **Menschen** mit und ohne Migrationshintergrund die **beste Ausbildung** genießen und  
567 dass sich die Zuwanderung auf Qualifizierte konzentriert. Eine Zuwanderung direkt in  
568 das deutsche Sozialsystem ist nicht im Interesse unseres Landes und lehnen wir  
569 daher ab.

570

571

572

573

574

575

### 576 **III. Integrationspolitische Maßnahmen**

577

578 Wie lassen sich diese integrationspolitischen Leitlinien verantwortlich umsetzen?

579 Welche Mechanismen können geschaffen werden? Welche Projekte sind

580 förderungswürdig? Wie kann eine Überprüfung von Mitteleinsatz und

581 Ergebniskontrolle erfolgen?

582

583 **Entscheidend ist, dass wir unsere Anstrengungen auf den Teil der Zuwanderer**

584 **konzentrieren, der erhebliche Integrationsdefizite aufweist. Ziel ist die**

585 **Beseitigung der Integrationshemmnisse** wie mangelnde deutsche

586 Sprachkenntnisse, Abbruch von schulischer und beruflicher Ausbildung,

587 Arbeitslosigkeit, Kriminalität und zu geringe Einbürgerungsquote. Steuermittel sind

588 nicht mit der Gießkanne zu verteilen. Vielmehr sind Investitionen gezielt zur

589 Beseitigung dieser Integrationshemmnisse vorzunehmen.

590

591 **Fördern und Fordern ist unsere Devise in der Integrationspolitik.** Um die

592 Integration der Zuwanderer und ihrer Kinder zum Erfolg zu führen und ihren Aufstieg

593 zu ermöglichen, muss die Mitwirkung der Betroffenen vorrangig durch Werben und

594 Überzeugen erwirkt werden. Aber auch Sanktionen können nötig sein.

595

596 **Ebenso wichtig ist eine offensive und ehrliche Kommunikation über erzielte und**

597 **noch ausstehende Integrationsfortschritte**, über die Leistungen der Gesellschaft

598 und des Staates sowie über die Anstrengungen der Zuwanderer. Ohne einen

599 solchen Austausch wird der **notwendige Gemeinsinn**, wird das notwendige

600 **Bewusstsein der geeinten Stadt** nicht wachsen.

601

602

#### 603 **1. Frauen zu Verbündeten für Integration machen**

604

605 **Mädchen haben die besseren Schulabschlüsse**, machen um ein Vielfaches

606 häufiger Abitur, fallen selten als gewalttätig auf und erkennen sehr viel mehr als ihre

607 Brüder, dass Integration gerade für sie besondere Chancen enthält. Zugleich können

608 sie uns Zugang zu ihren in der Regel viel schlechter integrierten Brüdern verschaffen

609 und bei unseren Integrationsanstrengungen unterstützen.

610 Gleiches gilt für die Mütter. Wer die Mütter erreicht, erreicht die Väter und Kinder, er  
611 erreicht ganze Zuwandererfamilien. Wir sollten versuchen, über Frauen auch deren  
612 Männer, Söhne und Brüder zu erreichen.

613

614 Frauen verdienen bei Integrationsarbeit unsere besondere Aufmerksamkeit. Sie  
615 können **im besten Sinne Verbündete für unser gemeinsames Ziel** der einen Stadt  
616 werden. Die Angebote für Müttersprachkurse sind auszubauen.

617

618

## 619 **2. Aktive Förderung im vorschulischen Bereich – gleiche Chancen für alle** 620 **Kinder schaffen**

621

622 Für den schulischen Erfolg von Kindern sind ihre Deutschkenntnisse von  
623 entscheidender Bedeutung. Ziel muss es sein, dass die Sprachkompetenzen aller  
624 Kinder mit und ohne Zuwanderungshintergrund bis zum Eintritt in die Schule  
625 altersgerecht hergestellt sind. Dafür lässt sich am besten in den Kindertagesstätten  
626 sorgen.

627

628 Im März 2009 besuchten 96 % der Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren mit  
629 Deutsch als Muttersprache eine Kindertagesstätte. Bei den Kindern mit  
630 Zuwanderungshintergrund, die nicht Deutsch als Muttersprache haben, lag der Wert  
631 bei 84 %. Die **Erfahrung zeigt, dass die Zuwandererkinder, die**  
632 **Kindertagesstätten besuchen, erheblich bessere Sprachfähigkeiten aufweisen.**

633

634 Daraus ergeben sich folgende Schlussfolgerungen:

635

636 a) Der Anteil der **Zuwandererkinder**, die eine **Kindertagesstätte** besuchen, ist  
637 auf **freiwilliger Basis weiter zu erhöhen**. Solange die wesentlichen  
638 Integrationsprobleme nicht behoben sind, halten wir die **Einführung des**  
639 **Betreuungsgeldes für kontraproduktiv** und deshalb falsch.

640

641 b) Die **verbindlichen Sprachstandsfeststellungen** nach dem Gesetz zur  
642 vorschulischen Sprachförderung sind auf den Zeitpunkt **zwei Jahre vor der**

643 **Einschulung** vorzuverlegen, um mehr Zeit für Sprachfördermaßnahmen zu  
644 gewinnen.

645

646 c) Ebenso ist bei Förderbedarf der **gezielte Sprachförderunterricht auf zwei**  
647 **Jahre zu verlängern.**

648

649 d) In den Kindertagesstätten sind die **Sprachförderung in Vorbereitung auf den**  
650 **Schuleintritt zu systematisieren** und die Fortschritte extern zu evaluieren.

651

652 e) **Kindertagesstätten sollen mehr dazu genutzt werden, die Eltern zu**  
653 **erreichen.** Denn einer Vielzahl der Eltern ist noch nicht bewusst, dass sie die  
654 Schulvorbereitung und die Schullaufbahn aktiv begleiten müssen und die  
655 Kindertagesstätten die erste Bildungseinrichtung für den sozialen Aufstieg ihrer  
656 Kinder ist.

657

658 f) Die Kindertagesstätten sind nach Bedarf personell und materiell besser  
659 auszustatten. Dies hat Vorrang vor einer erweiterten Beitragsfreiheit für Eltern.

660

661

### 662 **3. Bildungschancen besser nutzen**

663

664 Unser Ziel ist es, dass auch Kinder von Zuwanderern vermehrt die Bildungschancen  
665 unserer Schulen nutzen. Erste Erfolge sind sichtbar. So ist z. B. der Anteil der  
666 Abiturienten mit türkischen Wurzeln von 2004 bis 2009 von 7,4 % auf 14,8 %  
667 gestiegen.

668

669 a) In Berlin gibt es unter den Schülern mit und ohne Zuwanderungsgeschichte eine  
670 zu große Zahl „**Schulverweigerer**“, die dem Schulunterricht trotz Schulpflicht  
671 fern bleiben. Die Schulpflicht muss durchgesetzt werden. Die Erfahrungen  
672 zeigen aber, dass dies durch Polizeieinsatz nicht geleistet werden kann.  
673 Erheblich wirksamer wäre die **Kürzung staatlicher Leistungen an die Eltern.**  
674 Dafür sind die noch fehlenden gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen. Es  
675 liegt im Verantwortungsbereich der Eltern, dass ihre Kinder zum Unterricht  
676 erscheinen. Auch die Jugendsozialarbeit, die u. a. auch der Integration von

677 Schulverweigerern und Unterrichtsstörern in den geregelten Unterricht dient, ist  
678 an den Schulen zu verstärken.

679

680 b) In einigen Berliner Kiezen mit hohem Zuwandereranteil gibt es Schulen, in  
681 denen **aufgrund schlechter Deutschkenntnisse ein wirksamer Unterricht**  
682 **nur schwer** stattfinden kann.

683

684 Wir halten es für unrealistisch, die Zuwandereranteile in allen Berliner Schulen  
685 einander anzugleichen, wie dies vielfach vorgeschlagen wird. Denn es ist  
686 unverhältnismäßig, Schüler auf weite Reisen durch ganz Berlin zu Schulen  
687 außerhalb ihres Kiezes zu zwingen. Auch wird man die Eltern von Schülern mit  
688 guten Sprachfähigkeiten nicht veranlassen können, ihre Kinder in die  
689 Problemkieze auf die dortigen Schulen zu schicken. Es wird daher erforderlich  
690 sein, die Verhältnisse vor Ort zu verbessern.

691

692 Dazu sind sofortige **Sprachstandsfeststellungen in allen Schulklassen**  
693 **dieser Gebiete** erforderlich. Alle Schüler mit nicht ausreichenden  
694 Deutschkenntnissen sind unverzüglich in verpflichtenden Sprachförderklassen  
695 zusammenzufassen, die für die Dauer eines Schuljahres **am Nachmittag** die  
696 erforderlichen Sprachfertigkeiten durch **Intensivkurse** herbeiführen. Diese  
697 Sprachförderklassen können unterstützend auch durch außerschulische Träger  
698 durchgeführt werden. Die förderbedürftigen Schüler sind nach dem Grad ihres  
699 Förderbedarfs auf die Sprachförderklassen zu verteilen.

700

701 Mit Ausnahme des Fremdsprachenunterrichts soll **Deutsch die einzige**  
702 **Sprache in Unterricht und Pausen an nicht-internationalen Schulen sein.**  
703 Darauf ist durch Vereinbarungen zwischen Lehrern, Eltern und Schülern  
704 hinzuwirken.

705

706 c) Das **Ganztagsangebot** an Schulen ist in Zusammenarbeit mit Betrieben,  
707 Vereinen, Bildungspaten und Stiftungen auszubauen, im Falle erheblicher  
708 Leistungsdefizite, Leistungsverweigerung oder Verwahrlosung als verpflichtend  
709 anzuordnen und im Weigerungsfalle mit der Kürzung von staatlichen Leistungen  
710 an die Eltern durchzusetzen.



- 711 d) Die Einstellung von **qualifizierten Lehrern mit Migrationshintergrund** kann  
712 aufgrund ihrer Vorbildfunktion hilfreich sein. Zuwandererkinder sind  
713 systematisch für den Lehrberuf zu interessieren.  
714
- 715 e) Eltern und Schule tragen gemeinsam Verantwortung für den Bildungserfolg der  
716 Kinder. Die Schulen sollten mit den Eltern mit und ohne  
717 Zuwanderungshintergrund bei Bedarf **Elternverträge** abschließen, in denen die  
718 elterliche Verantwortung genau definiert wird, die Eltern zur Mitwirkung  
719 veranlasst und Sanktionen für den Fall mangelnder Mitwirkung festgelegt  
720 werden. Direkte Ansprache ist wirksam.  
721
- 722 f) Schließlich sollte ein **Übersetzer-Pool** verfügbar sein, den Lehrer um Hilfe  
723 bitten, wenn sie mit Eltern über das Fortkommen ihrer Schulkinder  
724 kommunizieren und dies erheblichen Sprachbarrieren begegnet.  
725  
726

#### 727 **4. Jugendliche beim Übergang in die Berufsausbildung gezielt unterstützen**

728

729 Der Übergang von der Schule in den Beruf stellt eine große Zäsur dar. Jeder  
730 Betroffene muss seine Neigungen und Fähigkeiten ermitteln, die Wahl zwischen  
731 Oberstufe oder Berufsausbildung treffen, gegebenenfalls einen Ausbildungsplatz  
732 finden, dazu Bewerbungen schreiben und sich in der Ausbildung bewähren. Dies ist  
733 gerade für junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte eine große  
734 Herausforderung.  
735

736 Um die Orientierung und den Übergang zu unterstützen, können **Mentoren** sehr  
737 hilfreich sein. In Zusammenarbeit zwischen Schulen, Unternehmens-, Berufs- und  
738 Migrant\*innenverbänden und den Kammern ist ein **Netzwerk ehrenamtlicher**  
739 **Berufslotsen und Mentoren** aufzubauen. Insbesondere gut integrierte Zuwanderer  
740 sind hier gefragt, als Berufslotsen und Mentoren Verantwortung zu übernehmen.  
741 Ehrenamtlichem Engagement sind hier keine Grenzen gesetzt. Aus den Mentoren  
742 lassen sich **Berlin-Botschafter entwickeln**, die als Zuwanderer stellvertretend für  
743 eine gute Entwicklung in Berlin stehen. Die jetzt in den meisten Berliner Bezirken  
744 eingerichteten, weitgehend kompetenzlosen Migrationsbeauftragten sollten als

745 zukünftige **Integrationsbeauftragte** den Aufbau und die Tätigkeit des  
746 Mentorennetzwerkes koordinieren.

747

748 Die Integrationsbeauftragten der Bezirke sollen auch zu außerschulischen Sprach-,  
749 Bildungs-, Berufsausbildungs- und Qualifizierungsangeboten beraten.

750

751

## 752 **5. Perspektiven für den persönlichen Aufstieg bieten**

753

754 Deutschland hat ein Interesse daran, die **Abwanderung der Eliten unter den**  
755 **Zuwanderern** zu **vermeiden**. Sie werden als Leistungsträger in Deutschland  
756 gebraucht. Daher müssen wir bei ihnen Frustrationen vermeiden, Benachteiligungen  
757 abbauen und ihnen eine gute Perspektive für ihren persönlichen Aufstieg bieten.

758

759 a) Angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels wird es höchste Zeit,  
760 vergleichbare **ausländische Bildungs- und Berufsabschlüsse**  
761 **anzuerkennen**. Die bürokratischen Hindernisse sind nicht nur eine Vergeudung  
762 qualifizierter Kapazitäten, sondern werden von den Betroffenen auch als  
763 ungerechte Diskriminierung empfunden. Dies drängt die Qualifizierten zur  
764 Abwanderung. Daher unterstützen wir das von der Bundesregierung geplante  
765 Anerkennungsgesetz.

766

767 b) **Unternehmensgründungen** werden zwar schon heute mit verschiedenen  
768 Einzelmaßnahmen unterstützt. Im Ergebnis brauchen wir aber eine ganz neue  
769 Dimension der Anstrengung. Es geht um ein Klima, das Existenzgründungen,  
770 Unternehmertum und wirtschaftliche Entwicklung von bestehenden  
771 Unternehmen ins Zentrum des politischen und gesellschaftlichen Lebens der  
772 Stadt stellt. Wir brauchen Vorbilder, Wissenstransfer und ständigen Austausch  
773 mit Unternehmern. Gerade in Berlin und gerade wiederum unter Migranten sind  
774 zu viele Selbstständige **lediglich in der lokalen Versorgungswirtschaft**,  
775 regelmäßig im Kleinhandel, tätig. Ein größerer Teil als heute muss sich **zu**  
776 **Betrieben mit höherer Produktivität und damit mehr Arbeitsplätzen**  
777 **entwickeln**. Diese Herausforderungen stellen sich im Übrigen für alle Berliner.

778 Die CDU Berlin hat das Thema für alle Berliner zu einem Schwerpunkt ihrer  
779 gegenwärtigen und zukünftigen Arbeit gemacht.

780

781 c) Nach einer Vergleichsstudie des Instituts zur Zukunft der Arbeit haben **gleich**  
782 **qualifizierte Bewerber mit türkischen Namen deutlich geringere**  
783 **Aussichten**, zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden, als  
784 Bewerber mit deutschen Namen. Auch nach der OECD-Studie von Oktober  
785 2009 finden selbst Zuwandererkinder mit hohem Bildungsniveau hierzulande  
786 schwerer eine Stelle (nur 81 %) als hochqualifizierte Kinder deutscher Eltern  
787 (90 %). Wir müssen befürchten, dass dies den Wegzug ausgerechnet der  
788 qualifizierten Zuwandererkinder in andere Länder zur Folge haben wird. Daran  
789 haben wir kein Interesse. Auch müssen wir befürchten, dass derartige  
790 persönliche Enttäuschungen die Identifizierung mit unserem Land und damit  
791 ihre Eingliederung erschweren. Auch das können wir nicht wollen.

792

793 Wir müssen die **Einstellungschancen qualifizierter Zuwanderer verbessern**.  
794 Dies kann nicht durch Zwang gelingen, sondern nur durch Aufklärung, Werbung  
795 und Vermittlung. Der beste Weg ist die Vermittlung geeigneter und möglichst  
796 bezahlter Praktika für qualifizierte Zuwanderer in ihre Wunschberufe. Dann  
797 können sie zeigen, dass sie qualifiziert und ein Gewinn für die betreffenden  
798 Unternehmen sind. Die Praktikumsvermittlung sollte in die Hände der  
799 **Berufslotsen und Mentoren** gelegt werden. Auch eine öffentliche Kampagne,  
800 die zum Beispiel „Unsere Potentiale – nehmen wir sie an“ heißen könnte, kann  
801 hilfreich sein.

802

803 d) Mit einer leistungsfähigen Infrastruktur, exzellenten Hochschulen und  
804 Forschungseinrichtungen sowie qualifiziertem Personal ist Deutschland nach  
805 den USA und Großbritannien weltweit das drittbeliebteste Land für ausländische  
806 Studierende. Innerhalb Deutschlands ist Berlin der klare Favorit für  
807 ausländische Studierende. Von den 139.534 Studierenden an den Berliner  
808 Hochschulen im Wintersemester 2009/2010 waren mehr als 22.000  
809 ausländische Studierende. Angesichts des immer stärker werdenden  
810 internationalen Wettbewerbs um die besten Studierenden befindet sich Berlin in  
811 einer guten Ausgangsposition, die es auszubauen gilt.

812 Als künftige Absolventen der Berliner Universitäten werden die ausländischen  
813 Studierenden in Berlin bald gefragte Arbeitskräfte sein. Aufgrund des  
814 demographischen Wandels werden Berlin und die Berliner Wirtschaft  
815 zunehmend auf die Fähigkeiten von Zuwanderern angewiesen sein. Umso  
816 wichtiger ist es, auf die qualifizierten ausländischen Akademiker und Fachkräfte  
817 zurückgreifen zu können, die schon in unserer Stadt leben. Mit ihren  
818 Sprachkenntnissen, ihrer Migrationserfahrung und ihrer hervorragenden  
819 Ausbildung an den Berliner Hochschulen können sie von unschätzbarem Wert  
820 für unsere Stadt sein.

821  
822 Es muss daher vorrangiges Ziel einer verantwortungsvollen Politik sein, dass  
823 diese hoch qualifizierten Ausländer nach ihrem Studium ihre Fähigkeiten zum  
824 Wohle Berlins zum Einsatz bringen können. Dazu gehört zum einen die aktive  
825 Werbung um hochqualifizierte Arbeitskräfte und die besten  
826 Nachwuchswissenschaftler. Auch sind weitere Investitionen in den Bildungs-  
827 und Forschungsstandort Berlin von Bedeutung. Die Bundesregierung hat hierfür  
828 mit dem Konzept von der Bildungsrepublik Deutschland eine Schablone  
829 geliefert, an der sich auch Berlin orientieren sollte.

830  
831 Wichtig ist aber auch der Abbau bürokratischer Hindernisse für den Eintritt in  
832 den Arbeitsmarkt. Derzeit können gute **Absolventen an Berliner Hochschulen**  
833 – obwohl dringend gebraucht – wegen ihres Ausländerstatus nur nach  
834 aufwendigen Verwaltungsverfahren eine Stelle in Berlin antreten. Wir wollen  
835 den umgekehrten Weg gehen und diese **Menschen langfristig an Berlin**  
836 **binden**, gerade in dem sie als Hochqualifizierte unbürokratisch eine  
837 Berufstätigkeit aufnehmen können.

838

839

## 840 **6. Den Öffentlichen Dienst zum Vorbild machen**

841

842 Der **Öffentliche Dienst ist für befähigte Bürger mit Zuwanderungshintergrund**  
843 **weiter zu öffnen**. Das ist aus mehreren Gründen sinnvoll: Zum einen hat dies  
844 Vorbildfunktion für andere Zuwanderer. Zum anderen führt es zu einer größeren  
845 Identifikation von Menschen mit Zuwanderungshintergrund mit unserer Stadt und

846 unserem Land. Schließlich sind ihre Kompetenzen sprachlicher und kultureller Art für  
847 die öffentliche Verwaltung eines Gemeinwesens mit mehr als 25 % Zuwanderer  
848 hilfreich.

849

850 **Quoten** zur Förderung der Einstellung von Migranten **lehnen wir ab**. Relevantes  
851 Einstellungskriterium kann nur die Qualifikation sein. Die Qualifizierung von  
852 Bewerbern mit Zuwanderungsgeschichte ist zu fördern. Eine öffentliche Kampagne,  
853 die den Namen „Berlin – Unsere Stadt – Unsere Chance“ tragen könnte, kann das  
854 Interesse der Leistungsstarken und Befähigten an einer Anstellung im Öffentlichen  
855 Dienst steigern.

856

857

## 858 **7. Den Zusammenhalt stärken – bürgerschaftliches Engagement fördern**

859

860 **Bürgerschaftliches, ehrenamtliches Engagement**, etwa im Sport, in der Bildung  
861 und Politik, bei der Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk, dem Deutschen Roten  
862 Kreuz, der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft und vielen anderen  
863 Rettungsdiensten, Hilfsorganisationen und karitativen Einrichtungen **wirkt Identität**  
864 **stiftend**, stärkt den Zusammenhalt und vermittelt Anerkennung. Auch im Bereich der  
865 Eingliederung von Zuwanderern ist bürgerschaftliches Engagement unverzichtbar.

866

867 In Berlin existiert bereits eine beeindruckende Vielfalt und Zahl privater Initiativen,  
868 wie z. B. die Neuköllner Stadtteilmütter. Was dort, in Vereinen, auch Betrieben und  
869 Nachbarschaften geleistet wird, ist unverzichtbar. Häufig wirken Berliner mit und  
870 ohne Zuwanderungshintergrund zusammen und lösen oder lindern viele Probleme  
871 auf lokaler Ebene. Was sie leisten, kann der Staat nicht leisten. Auch der  
872 institutionelle Sport, zum Beispiel die Sportjugend des Landessportbundes, hat sich  
873 der Integration in den Problemkiezen angenommen. Der Staat muss all diese  
874 Aktivitäten ermuntern und unterstützen. Finanzielle Unterstützung aus Steuermitteln  
875 sollte es nicht wahllos, sondern gezielt geben, wenn ein klarer Kriterienkatalog erfüllt  
876 wird. Die Effizienz der eingesetzten Steuermittel ist regelmäßig zu überprüfen.

877

878 Wir wollen nicht, dass die Kinder derjenigen, die in die Abhängigkeit von  
879 Transfergeleistungen geraten, aus den Sportvereinen austreten, weil sie die

880 Mitgliedsbeiträge nicht mehr aufbringen können. Die integrative Wirkung des  
881 gemeinsamen Sports ist unentbehrlich. Denn der Sport vermittelt Regeln,  
882 Leistungsbereitschaft, Teamgeist und soziales Verhalten. Daher wollen wir ihnen  
883 über ein Programm mit Gutscheinen **Mitgliedschaften in Sportvereinen**  
884 **ermöglichen**. Auf diese Weise kann das bislang wirkungslose Programm „Kids in die  
885 Sportclubs“ zum Erfolg geführt werden.

886

887 Auch die **Migrantenorganisationen** sind als wichtige Partner zu veranlassen, sich  
888 noch stärker der Bildung und Qualifizierung der **Zuwandererkinder** anzunehmen.  
889 Ebenso wäre die Bildung eines Elternnetzwerkes für Zuwandererfamilien hilfreich.  
890 Insoweit setzen wir auf Eigenverantwortung, die staatlich unterstützt werden kann.

891

892

### 893 **8. Die Lebensverhältnisse in den Kiezen ausgewogen gestalten**

894

895 Am schwierigsten ist die Eingliederung von Zuwanderern in den Kiezen, in denen die  
896 Gruppe der Zuwanderer dominiert. Dies ist in **13 Kiezen in Mitte, Neukölln und**  
897 **Kreuzberg** der Fall; weitere können in absehbarer Zeit hinzukommen. An manchen  
898 Schulen in diesen Kiezen beträgt der **Anteil der Kinder mit**  
899 **Zuwanderungshintergrund über 80 %**. Auch besuchen 56,7 % der  
900 Zuwandererkinder Tageseinrichtungen, in denen mehr als 50 % der Kinder eine  
901 andere Muttersprache haben. **Deutsch ist dann nicht die aufnehmende und**  
902 **verbindende Sprache**. Hier fehlt oftmals das Umfeld, das Eingliederung und  
903 Integration fördert. So entsteht der **Irrglaube, es bedürfte der Eingliederung in die**  
904 **deutsche Gesellschaft nicht**. Derartige Konzentrationen erschweren die  
905 Gemeinschaft, den Gemeinsinn und das gegenseitige Verständnis der Berliner mit  
906 und ohne Zuwanderungshintergrund.

907

908 Hier muss gegengesteuert werden. Dazu müssen die **Lebensverhältnisse in den**  
909 **Kiezen mit hohem Zuwandereranteil so verbessert werden**, dass sich die dort  
910 noch lebenden Einheimischen nicht zum Wegzug veranlasst sehen. Dafür kann es  
911 hilfreich sein, wenn die dortigen Schulen Klassen für Kinder mit guten  
912 Deutschkenntnissen einrichten, damit die Schulen ein attraktives Angebot an die  
913 Einheimischen und Zuwanderer mit guten Sprachkenntnissen machen können.

914 Auch Investitionen in die **Verbesserung der Infrastruktur**, die **Ansiedelung von**  
915 **Bildungseinrichtungen, Kunst und Kultur** in Zusammenarbeit mit privaten  
916 Initiativen und der **Zuzug durch Existenzgründer und junge Menschen**, z. B.  
917 Studenten können die geschlossenen Strukturen aufbrechen.

918  
919 Ein weiteres wichtiges und bislang kaum genutztes Instrument liegt in der  
920 **ausgewogenen Vergabe von Mietwohnungen** durch die städtischen  
921 Wohnungsbauunternehmen. Diese sollen angehalten werden, für eine ausgewogene  
922 Verteilung des von ihnen verwalteten Wohnungsbestandes zu sorgen. Sie und auch  
923 private Eigentümer müssen erkennen, dass es in ihrem eigenen wirtschaftlichen  
924 Interesse liegt, dass ihre Miethäuser in einer Weise geführt und verwaltet werden, die  
925 sie auch für Mieter ohne Zuwanderungshintergrund attraktiv macht.

926  
927 **Aus Stadtteilmüttern sollen Beschäftigte mit Zielvereinbarungen werden.** Die  
928 jetzige Konstruktion als Nebenerwerb führt dazu, dass sich vielfach Hartz IV -  
929 Empfänger begegnen, die gemeinsam nicht wissen, wie sie aus der Situation  
930 herauskommen sollen.

931

932

### 933 **9. Räume für Verständigung schaffen – miteinander, statt übereinander** 934 **reden**

935

936 Eine **zunehmende räumliche Isolierung von Zuwanderern stört** nicht nur die  
937 **Stadtentwicklung**, sondern verhindert die Verständigung unter verschiedenen  
938 Bevölkerungsteilen. Wir brauchen aber **Kenntnis und Verständnis der**  
939 **wechselseitigen Situation**. Die Lebenswirklichkeit von Migranten ist vielen  
940 Einheimischen nicht näher bekannt. Medien berichten lieber von Missständen als  
941 über die Normalität. Das gilt gleichermaßen für Migranten-Medien, wenn sie über  
942 ausländerfeindliche Einstellungen berichten. Persönlicher Austausch erhöht die  
943 wechselseitige Wertschätzung. **Aufklärung verbessert das Verständnis und die**  
944 **notwendige Differenzierung.**

945

946 Es ist daher systematisch zu ermitteln, welche Minderheiten kaum bis keinen Kontakt  
947 zu den alt eingesessenen Berlinern unterhalten. Über Patenschaften, gemeinsame

948 Projekte und vergleichbare Maßnahmen ist eine umfassende praktische, im besten  
949 Fall **nachbarschaftliche Integration** anzustreben.

950

951 **Aufklärung und Information sind insgesamt zu verstärken.** Große Verantwortung  
952 haben die Medien.

953

954 Besonders bewährt haben sich gemeinsame Aktivitäten wie Musik, Sport, Kunst, die  
955 die Sozialkompetenz stärken. Solche Möglichkeiten sind systematisch anzubieten  
956 und zu fördern.

957

958

#### 959 **10. Begrüßungs-Büros einrichten und Integrationskurse ausbauen**

960

961 In Verantwortung der Integrationsbeauftragten der Bezirke sind als Anlauf- und  
962 Informationsstellen für Neuzuwanderer Begrüßungs-Büros einzurichten, die über alle  
963 Fragen des **Zurechtfindens und Eingliederns beraten und Hilfestellung leisten.**

964

965 Sie vermitteln auch die Integrationskurse, die Zuwanderern Sprachkenntnisse und  
966 Grundkenntnisse in deutscher Geschichte und Kultur und das Grundverständnis des  
967 Zusammenlebens vermitteln. Sie haben sich zum wichtigen Instrument der  
968 Sprachförderung entwickelt. **Diese Angebote von Integrations- und Sprachkursen  
969 sind auf Eltern ausländischer Herkunft auszudehnen, die schon seit  
970 Jahrzehnten bei uns leben, ohne unsere Sprache bisher gut zu beherrschen.**

971 Die von der CDU-geführten Bundesregierung initiierten **Eltern-Integrationskurse**  
972 sind endlich auch in Berlin umfassend umzusetzen. Eltern stehen in der Pflicht, dass  
973 auch ihre Kinder gut Deutsch lernen.

974

975

#### 976 **11. Den Zugang zu zurückgezogen lebenden Zuwandererfamilien öffnen**

977

978 Ein Teil der Familien mit Zuwanderungshintergrund lebt zurückgezogen und schwer  
979 erreichbar für staatliche Behörden und die deutsche Zivilgesellschaft. Diese Familien  
980 verfügen über ungenügende deutsche Sprachkenntnisse. Ihre Kinder erreichen  
981 häufig keinen Schul- und Ausbildungsabschluss. Die betroffenen Familien leben



982 oftmals von sozialen Transferleistungen. Eine Perspektive für ein selbstbestimmtes,  
983 wirtschaftlich eigenständiges und von Sozialleistungen freies Leben haben sie nicht.  
984 Gleichzeitig fühlen sie sich ausgegrenzt und frustriert, und es besteht eine erhöhte  
985 Gefahr des Abdriftens insbesondere der jungen Männer in die Kriminalität. Die  
986 Erfahrungen zeigen: Je bildungsferner, ärmer und ländlicher die Herkunft dieser  
987 Menschen ist, desto stärker ihre Segregation und desto schwächer ihre  
988 Eingliederung in die Gesellschaft.

989

990 Um dies zu ändern, müssen wir **dauerhafte Strukturen für eine systematische**  
991 **Begleitung des Bildungs- und Berufsweges für Menschen mit erheblichen**  
992 **Integrationsdefiziten schaffen.** Das vorwiegende Arbeiten in zeitlich befristeten  
993 Projekten führt zu Inkonsistenzen, die deren Erfolge schnell wieder gefährden. Das  
994 gut betreute Grundschulkind findet keine fortgesetzte Betreuung in der Oberschule,  
995 dem Jugendlichen nach einer Qualifizierungsmaßnahme bleibt danach nur noch die  
996 finanzielle Zuwendung des Jobcenters.

997

998 Die Erfahrung zeigt, dass öffentliche Appelle alleine nichts bewirken. Wir müssen das  
999 Problem daher aktiv angehen. Dazu benötigen wir die Unterstützung der  
1000 verschiedenen **Migrantenorganisationen.** Diese sollen den **Zugang zu den**  
1001 **zurückgezogenen lebenden Zuwandererfamilien öffnen.**

1002

1003 Ferner brauchen wir **geeignete Integrationsmanager,** die in der Lage sind, mit  
1004 diesen Zuwandererfamilien zu kommunizieren. Zu denken ist insbesondere an  
1005 erfolgreich integrierte Menschen mit Zuwandererhintergrund, die die notwendigen  
1006 kulturellen Kenntnisse mitbringen, um den persönlichen Zugang zu den betroffenen  
1007 Menschen zu erreichen.

1008

1009 Die Integrationsmanager sollen den Auftrag haben, die betroffenen  
1010 Zuwandererfamilien regelmäßig in ihren Wohnungen aufzusuchen und im direkten  
1011 Gespräch mit ihnen gemeinsam zu analysieren, welche Maßnahmen insbesondere in  
1012 den Bereichen Schule, Berufsqualifizierung und Jobsuche erforderlich sind, um sie in  
1013 ein gut integriertes, wirtschaftlich eigenständiges Leben zu führen. Bildungs- und  
1014 Qualifizierungsdefizite müssen klar angesprochen und **Zielvereinbarungen** darüber  
1015 getroffen werden, wie diese abzustellen sind. Dazu könnten **Integrationsverträge**

1016 zwischen dem Integrationsbeauftragten des Bezirksamts und den  
1017 Zuwandererfamilien dienen. Um den Integrationsmanagern die Möglichkeit zu  
1018 geben, den Forderungen nach Einhalten der Zielvereinbarungen Nachdruck zu  
1019 verleihen, sollen sie von den zuständigen Behörden bei Entscheidungen zum  
1020 Aufenthaltsstatus und zur Gewährung oder Kürzung von Sozialleistungen gehört  
1021 werden.

1022  
1023 Den organisatorischen Rahmen für die Tätigkeit der Integrationsmanager können  
1024 gemeinnützige Vereine und Gesellschaften bilden, die unter Beteiligung der  
1025 Wohlfahrtsverbände, aber insbesondere auch der verschiedenen  
1026 **Migrantenorganisationen** zu errichten sind. Deren öffentliche Förderung sollte  
1027 davon abhängig gemacht werden, dass sie satzungsmäßig und tatsächlich  
1028 Integrationsmanager mit den beschriebenen Zielen zum Einsatz bringen. Die  
1029 Wirksamkeit dieser Maßnahme sollte im Rahmen eines Pilotprojektes getestet  
1030 werden. Im Erfolgsfalle sollte sie flächendeckend eingesetzt werden.

1031

1032

## 1033 **12. Die deutsche Staatsangehörigkeit zum Ziel einer gelungenen Integration** 1034 **machen**

1035

1036 Die **vollen Bürgerrechte** und insbesondere das Wahlrecht müssen an den **Erwerb**  
1037 **der deutschen Staatsangehörigkeit gebunden bleiben**. Wählen ist ein  
1038 Staatsbürgerrecht. Der Erwerb des Wahlrechts und die politische Mitbestimmung  
1039 müssen Anreiz für die Integrationsanstrengungen der Zuwanderer bleiben. Es würde  
1040 dem Interesse an einer erfolgreichen Eingliederung der Zuwanderer schaden, ihnen  
1041 diesen Anreiz zu nehmen. Daher muss der Erwerb der deutschen  
1042 Staatsangehörigkeit Voraussetzung für politische Mitbestimmung bleiben. So sieht es  
1043 auch das Grundgesetz vor. Daher **lehnen wir ein Ausländer-Wahlrecht über das**  
1044 **bereits bestehende Wahlrecht für EU-Staatsangehörige** ab.

1045

1046 Gleichzeitig muss die **deutsche Staatsangehörigkeit grundsätzlich auch für**  
1047 **Zuwanderer und ihre Nachkommen erreichbar** sein. Sonst kann der Erwerb der  
1048 deutschen Staatsangehörigkeit nicht als Motor für die Integrationsanstrengungen der  
1049 Zuwanderer wirken. Zudem dient sie der Identifikation mit unserem Land.

1050 Auch wollen wir keine Gesellschaft mit einem zahlenmäßig großen Teil ohne volle  
1051 Bürgerrechte. **Unser Ziel ist vielmehr eine kulturell vielfältige Gesellschaft**  
1052 **vollberechtigter Bürger, deren einigendes Band die deutsche**  
1053 **Staatsangehörigkeit und das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen**  
1054 **Grundordnung sind.** Diesem Ziel dienen die neu geschaffenen Einbürgerungstests,  
1055 die einen Referenzrahmen für die erforderlichen Kenntnisse über Demokratie,  
1056 Geschichte und Leben in Deutschland geschaffen haben, die ein Zuwanderer von  
1057 Deutschland haben soll.

1058  
1059 Dazu gehört auch, die eingebürgerten Zuwanderer und die deutsche Innenpolitik  
1060 einer **politischen Einflussnahme durch die Regierungen der Herkunftsländer zu**  
1061 **entziehen.** Die Einmischung der türkischen Regierung in innenpolitische Fragen  
1062 Deutschlands, wie sie durch den Auftritt des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan  
1063 am 10.02.2008 in der Kölnarena sichtbar geworden ist, erschwert die Eingliederung  
1064 der türkischen Zuwanderer. Dies zeigt, wie wichtig es für den Erfolg unserer  
1065 Integrationsanstrengungen ist, den Zuwanderern die Türen zur deutschen  
1066 Staatsangehörigkeit zu öffnen.

1067  
1068 **Wir lehnen die generelle Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft ab.** Wir  
1069 stehen **Modifikationen des Staatsangehörigkeitsrechts auf Bundesebene offen**  
1070 gegenüber. Dabei sollte es sowohl zu einem **Abbau unnötiger Bürokratie** wie auch  
1071 **erheblicher Ungleichbehandlungen** kommen.

1072  
1073 Einbürgerungsverfahren sind zu beschleunigen. Häufig werden sie aufgrund der  
1074 Dauer und der vielfältigen Anforderungen der Einbürgerungsbehörden von den  
1075 Einzubürgernden als belastend empfunden. Deren Erfahrungen schrecken oftmals  
1076 andere Zuwanderer ab, die Einbürgerung anzustreben. Dies gilt auch für gut  
1077 integrierte EU-Bürger, die die deutsche Staatsangehörigkeit anstreben und dabei  
1078 häufig bürokratischen Widrigkeiten ausgesetzt sind. Personalausstattung und  
1079 Serviceorientierung der Behörden sind zu verbessern.

1080  
1081 Wichtig ist schließlich, dass die Einbürgerungen würdig verlaufen. Wenn die  
1082 Einbürgerung als Vollzug eines Verwaltungsaktes empfunden wird, verfehlen wir die  
1083 Integrationskraft der Einbürgerung. Der Rahmen für die Aushändigung der

1084 Einbürgerungsurkunde muss die **große Bedeutung der Einbürgerung deutlich**  
1085 **machen**. Dazu gehören ein Festakt im Rathaus, die Einbürgerungsrede eines  
1086 staatlichen Repräsentanten, das **feierliche Bekenntnis der Eingebürgerten**, „*das*  
1087 *Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland zu achten und alles*  
1088 *zu unterlassen, was ihr schaden könnte*“, die Aushändigung der  
1089 Einbürgerungsurkunde und die Nationalhymne, dies alles möglichst unter öffentlicher  
1090 Beteiligung.

1091

1092

### 1093 **13. Zuwanderung nach nationalen Interessen steuern**

1094

1095 Durch das neue Zuwanderungsgesetz von **2005 ist das Zuwanderungs- und**  
1096 **Aufenthaltsrecht** auf der Grundlage verschiedener Richtlinien der Europäischen  
1097 Union **grundlegend neu geregelt** worden. Es ist nun möglich, die Zuwanderung  
1098 nach nationalen Interessen zu steuern. Die Erfahrungen mit den neuen Regelungen  
1099 müssen kontinuierlich ausgewertet werden.

1100

1101 Wenn der Familiennachzug zugelassen wird, muss der **verpflichtende Erwerb von**  
1102 **Sprachkenntnissen vor dem Familiennachzug nachgewiesen werden**. Dies dient  
1103 nicht nur der Förderung der deutschen Sprachkenntnisse, sondern auch dem Schutz  
1104 vor Zwangsehen.

1105

1106 Die gesetzlichen Anforderungen und ihre Anwendung sind laufend daraufhin zu  
1107 überprüfen, ob sie für die Integration der nachziehenden Ehegatten ausreichend  
1108 sind. Denn es **kommt darauf an, dass die nachziehenden Familienangehörigen**  
1109 **integrationsfähig und –willig sind** und die dazu erforderlichen  
1110 Mindestvoraussetzungen an ihre deutschen Sprachkenntnisse und an ihre  
1111 Kenntnisse an die deutsch-europäische Gesellschaftsordnung mitbringen.

1112

1113 Die aufenthaltsrechtlichen Regelungen zur Integration (§§ 43 ff. des  
1114 Aufenthaltsgesetzes) sehen neben den Förderansprüchen auf Teilnahme am  
1115 Integrationskurs auch die Verpflichtung zur Teilnahme und die Sanktionierung der  
1116 Nichtteilnahme vor. Ohne diese ist ein effektives „Fördern und Fordern“ nicht  
1117 vorstellbar. Zuständig sind hier die Ausländerbehörden und die Jobcenter/ARGEN.

1118 Hier gilt es, die Praxis auf ihre Effektivität zu prüfen. Verpflichtungsregelungen laufen  
1119 ins Leere, wenn es keine Sanktionspraxis gibt.

1120

1121 Über Asylanträge muss schneller entschieden werden. **Verfahren über viele Jahre**  
1122 sind sowohl für die Betroffenen wie für unser Gemeinwesen eine **unzumutbare**  
1123 **Belastung**. Der Schwebezustand, in dem Asylbewerber nicht arbeiten, nicht wissen,  
1124 wo sie leben werden, möglicherweise aber schon Kinder in Deutschland bekommen  
1125 haben, **behindert Integration** und macht eine spätere Ausweisung menschlich  
1126 schwierig.

1127

1128 Wir sollten daher auf Bundesebene alle erforderlichen Maßnahmen für eine  
1129 **Verfahrensbeschleunigung** einsetzen. Gleichzeitig müssen wir **unentschiedene**  
1130 **Langzeitfälle** jedenfalls dann zugunsten der Asylbewerber **endgültig klären**, wenn  
1131 sie einen Arbeitsplatz finden und ihre Kinder mit Erfolg deutsche Schulen besuchen.

1132

1133 Die Daten aus dem Migrationsbericht belegen: Immer mehr ausländische  
1134 Wissenschaftler, Fachkräfte und leitende Angestellte finden in Deutschland eine  
1135 berufliche Perspektive. Auch die Zahl von **240.000 ausländischen Studierenden** an  
1136 deutschen Hochschulen ist ein **Beleg für die zunehmende Vielfältigkeit** unseres  
1137 Landes. Dies sollte für uns Ansporn sein, **für Hochqualifizierte und motivierte**  
1138 **Zuwanderer noch attraktiver zu werden**. Wir benötigen ausländische Fachkräfte,  
1139 damit wir unsere wirtschaftliche Führungsrolle auf vielen Weltmärkten sichern  
1140 können. Daher sollten wir die Zuwanderung Hochqualifizierter fördern.

1141

1142

#### 1143 **14. Handels- und Reiseerleichterungen schaffen**

1144

1145 Berlin muss die **Chancen für Wirtschaftswachstum nutzen**, die sich **aus den**  
1146 **Beziehungen seiner Zuwanderer zu ihren Herkunftsländern** ergeben. Besondere  
1147 Chancen liegen in den Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa, der Türkei und den  
1148 Wachstumsregionen der Welt. Zuwanderer haben eine große Zahl bedeutender  
1149 Handelsunternehmen gegründet. Mit ihrer Hilfe können die Wirtschaftsbeziehungen  
1150 im Interesse des Standortes Berlin ausgebaut werden. Berlin hat auch wegen der

1151 Präsenz der Botschaften und zahlreicher Konsulate besondere Chancen für den  
1152 Aufbau internationaler Wirtschaftsbeziehungen, die es künftig besser zu nutzen gilt.

1153

1154 Ebenso wie Düsseldorf eine europäische Anlaufstelle für japanische Investoren  
1155 darstellt, wäre es beispielsweise denkbar, dass Berlin **zur europäischen**  
1156 **Anlaufstelle für Wirtschaftsbeziehungen mit Indien** wird, einer der aufstrebenden  
1157 Wirtschaftsmächte der Welt.

1158

1159 Berlin als Messe- und Kongressstadt bietet schon heute gute Voraussetzungen,  
1160 muss aber in dieser Richtung endlich aktiv werden, um sein Potential für  
1161 Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu nutzen. Geprüft  
1162 werden sollte eine Entbürokratisierung von Visa-Erteilungen für Geschäftsleute.

1163

1164 Zuwanderer leisten auch mit einer großen Zahl von **Existenzgründungen** hier in  
1165 Berlin einen wichtigen Beitrag für die Wirtschaftskraft und den Arbeitsmarkt unserer  
1166 Stadt. Allein die über 9.000 Unternehmen türkischstämmiger Unternehmer  
1167 beschäftigen 29.000 Mitarbeiter und erwirtschaften einen Jahresumsatz von  
1168 3,5 Milliarden Euro.

1169

1170 All diese Leistungen sind nicht nur im wirtschaftspolitischen Interesse Berlins. Sie  
1171 fördern auch die Integration der Zuwanderer. Sie geben gute Beispiele dafür, dass  
1172 Zuwanderer zu tragenden Säulen unserer Gesellschaft werden. Diese Beispiele  
1173 müssen sichtbar gemacht werden, damit sie noch mehr Zuwanderer anspornen, es  
1174 ihnen gleich zu tun.

1175

1176

## 1177 **15. Kulturpolitik als Teil der Integrationspolitik begreifen**

1178

1179 Die Kultur wird im Kontext der Integrationsdebatte selten erwähnt, weil die Kultur  
1180 ohnehin ein genuin internationales Feld und Integration dort selbstverständlich ist.  
1181 Kultur ist die Grundlage unseres Zusammenlebens. **Integration ist ohne Kultur**  
1182 **nicht möglich.** Kunst und Kultur spiegeln das Selbstverständnis unserer  
1183 Gesellschaft wider. Dazu gehört das kulturelle Erbe ebenso wie der zeitgenössische  
1184 künstlerische Ausdruck.

1185 Zur Integration von Menschen ohne originär deutschen Hintergrund leisten Kunst und  
1186 Kultur schon heute wertvolle Beiträge. In Berlin blüht eine **lebendige internationale**  
1187 **Kunstszene**. Derzeit leben und arbeiten in Berlin ca. 6.000 bildende Künstler - etwa  
1188 25% davon sind ausländischer Herkunft. Allein im Bezirk Berlin Mitte sind  
1189 166 Kulturen vertreten. Auch von den 128 Musikern der Berliner Philharmoniker sind  
1190 57 ausländischer Herkunft. Das künstlerische Personal der drei Opernhäuser in  
1191 Berlin (Deutsche Oper, Komische Oper, Staatsoper Unter den Linden) umfasst  
1192 zusammen 930 Mitglieder. Etwa 20 % dieser Ensemblemitglieder kommen aus dem  
1193 Ausland. Auch die Literatur von Autoren mit Zuwanderungshintergrund war anfangs  
1194 eine Randerscheinung; heute ist sie fester Bestandteil der deutschen Kultur.

1195  
1196 Die **Kulturmetropole Berlin ist** schon lange **Anziehungspunkt für Künstler aus**  
1197 **aller Welt**. Auch starten viele ausländische Kunst- und Kulturinstitutionen Projekte  
1198 und Initiativen in Berlin. Berlin hat diese Prägung als Kulturmetropole nicht zuletzt  
1199 durch die Zuwanderung, Ansiedlung und Integration erfahren. Berlins Erfolg als  
1200 Kreativstandort ist gerade durch seine kulturelle Vielfalt und die Fülle an Einflüssen  
1201 anderer Kulturen und Künste zu erklären. Sie liefern den wichtigsten Beitrag zu  
1202 Berlins internationalem Erfolg und Image als kreative Stadt.

1203  
1204 Kulturell pluralistische Gesellschaften sind nicht frei von Konflikten. Dennoch wäre es  
1205 ein starkes Zeichen der Anerkennung und Integration, die **Kultur der Zuwanderer**  
1206 **und ihrer Herkunftsländer** in der deutschen Hauptstadt Berlin **dauerhaft zu zeigen**.  
1207 Bieten wir ihnen eine Heimat, erleichtern wir ihre Integration und ihr Bekenntnis zu  
1208 Deutschland.

1209  
1210 Dort, wo unterschiedliche Sprachen, Kulturen, Verhalten und auch  
1211 Wertevorstellungen zusammenkommen, werden Kunst und Kultur zu einer Art  
1212 gemeinsamen Sprache. Über den Schritt der Akzeptanz und des Respekts kann  
1213 auch die Anerkennung gemeinsamer Werte folgen. Die Kunst- und Kulturszene  
1214 Berlins lebt von ihrer Vielfalt, der Neugier auf das Fremde und dem lebendigen  
1215 Austausch der Kulturen. Darin liegt eine Vorbildfunktion der Kultur für die Integration.

1216  
1217  
1218

1219 **16. Den Dialog mit dem Islam suchen**

1220

1221 Die CDU ist die **Partei des christlichen Menschenbildes**. Sie ist die **Wertepartei** in  
1222 Deutschland. Als Wertepartei ist sie in besonderer Weise in der Lage, sich mit den  
1223 Vertretern und Angehörigen des religiösen Islam auszutauschen. Die CDU **erkennt**  
1224 **die Muslime als wertorientierte Mitmenschen an**, streckt ihnen die Hände  
1225 entgegen und lädt sie ein zum einem offenen Dialog über gemeinsame Werte und  
1226 die Fragen der Integration des Islam in Deutschland. Die CDU ist der **Überzeugung**,  
1227 **dass der Dialog nicht nur Unterschiede, sondern auch viel Verbindendes**  
1228 ergeben wird. Man denke nur an den hohen Stellenwert von Werten wie Familie. Das  
1229 Verbindende muss zum Fundament der Zukunft werden.

1230

1231 Der Islam hat von Arabien aus in vielen Regionen der Welt Geschichte und Kultur  
1232 geprägt. **Islam und die arabische Kulturgeschichte sind untrennbar miteinander**  
1233 **verbunden**. Das respektieren wir. Das Christentum hat die europäische Geschichte  
1234 und Kultur geprägt. **Christentum und europäische Kulturgeschichte sind ebenso**  
1235 **untrennbar miteinander verbunden**. Dies zu respektieren erwarten wir ebenso.

1236

1237 Teil der europäischen Kulturgeschichte ist aber auch die **Trennung von Staat und**  
1238 **Religion im Zuge der Säkularisation** und zugleich das Grundrecht auf  
1239 Religionsfreiheit. Es half, die gewaltsamen Religionsgegensätze in Europa zu  
1240 überwinden. Heute befähigt es die europäischen Staaten, sich für andere Religionen  
1241 zu öffnen. Das **erleichtert die Integration des Islam in Europa**. Es ist die deutsche  
1242 Verfassungs- und Rechtsordnung, die auch den Muslimen die freie  
1243 Religionsausübung gewährt. Wir fordern die Vertreter des Islam auf, dies zu  
1244 erkennen und anzuerkennen. Eine gemeinsame **Vertrauenserklärung der Vertreter**  
1245 **des Islam zugunsten der sie schützenden deutschen Verfassungs- und**  
1246 **Rechtsordnung**, wie sie die Teilnehmer der Deutschen Islam Konferenz im März  
1247 2008 abgegeben haben, erhöht die Akzeptanz des Islam in Deutschland wesentlich.  
1248 Dieses gemeinsame Fundament ist zu betonen und zu verbreitern.

1249

1250 So sehr wir das hohe Maß an Religionsfreiheit auch zugunsten nichtchristlicher  
1251 Religionen in der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland  
1252 wertschätzen, so sehr **verurteilen wir das geringe Maß an Religionsfreiheit für**



1253 **Christen in vielen Herkunftsländern muslimischer Zuwanderer.** Wir wollen die  
1254 Vertreter des Islam in Deutschland dafür gewinnen, mit uns weltweit für  
1255 Religionsfreiheit einzutreten und die Verfolgung religiöser Minderheiten zu  
1256 verurteilen. Ein derartiger Schulterchluss zwischen Christen und Muslimen wird die  
1257 Akzeptanz des Islam in Deutschland wesentlich erhöhen.

1258  
1259 Wir sind der Überzeugung, dass die islamistischen Terroristen, die die Menschen  
1260 weltweit in Angst und Schrecken zu versetzen versuchen und die mit ihren Attentaten  
1261 vor allem Muslime töten, die Gebote des Islam verletzen und islamfeindlich sind. Wir  
1262 möchten alle Vertreter des Islam in Deutschland daher veranlassen, **gemeinsam mit**  
1263 **uns dem islamistischen Terror den Kampf anzusagen.** Auch dies wird das  
1264 Ansehen des Islam in Deutschland nachhaltig verbessern.

1265  
1266 Gerade als christliche Partei verstehen wir, wie wichtig Religion für den Einzelnen  
1267 und die Gesellschaft sein kann. Wir haben Respekt vor dem Glauben aller  
1268 Menschen. Wir wissen, dass **wir ohne den Dialog mit den**  
1269 **Glaubensgemeinschaften der Zuwanderer die Menschen schwer erreichen.** Wir  
1270 freuen uns, dass viele Islam-Vertreter seit einigen Jahren in einen konstruktiven  
1271 Dialog mit der CDU-geführten Bundesregierung eingetreten sind.

1272  
1273 Der Islam ist in sich sehr vielfältig. Diesen Pluralismus respektieren wir. Die **Muslime**  
1274 **in Deutschland werden daher nicht eine einheitliche Repräsentanz bilden**  
1275 können. Statt eines deutschen muslimischen Oberhauptes sollte ein Modell gefunden  
1276 werden, das dem **Pluralismus des Islams gerecht** wird.

1277  
1278 Nicht nur der Islam ist vielfältig. Auch die Zuwanderer aus muslimischen Ländern  
1279 stehen in sehr unterschiedlicher Beziehung zum Islam. Viele Zuwanderer sind nur  
1280 schwach oder gar nicht mehr religiös geprägt – so wie viele Christen heute auch.  
1281 Kluge Integrationspolitik muss auch das berücksichtigen.

1282  
1283 Der Islam als Religion ist uns willkommen. Den politischen Islam als **theokratisches**  
1284 **Herrschaftssystem lehnen wir** hingegen als unfreiheitlich und nicht mit unserer  
1285 demokratischen Ordnung vereinbar **ab.** Im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat  
1286 geht alle Gewalt vom Volke aus. Menschenwürde, Freiheitsrechte,

1287 Gleichberechtigung und Selbstbestimmung von Mann und Frau, das Verbot der  
1288 Todesstrafe und körperlicher Verstümmelungen sind unverhandelbare Grundlagen  
1289 unserer verfassungsmäßigen Ordnung.

1290

1291 Am 19.11.2009 wurde die erste internationale Studie zur Wertewelt der Deutschen,  
1292 Deutsch-Türken und Türken der Meinungsforschungsinstitute INFO GmbH aus Berlin  
1293 und Liljeberg Research International Ltd. Sti. aus Antalya herausgegeben. Die  
1294 Feststellungen sind ermutigend. So besitzen **Deutsche, Deutsch-Türken und**  
1295 **Türken gleichermaßen eine sehr hohe Wertschätzung für Werte wie Familie,**  
1296 **Freiheit, Gleichheit, Respekt gegenüber dem menschlichen Leben, Respekt**  
1297 **gegenüber anderen Religionen und Kulturen, Frieden, Demokratie, Gesetz und**  
1298 **Ordnung, Gerechtigkeit, Pünktlichkeit, Ordnung und Sauberkeit und**  
1299 **Rechtsstaatlichkeit.** Die Unterschiede liegen bei der hohen Wertschätzung von  
1300 Religiosität und Tradition bei Türken, mittleren Werten bei Deutsch-Türken und eher  
1301 geringen Werten bei Deutschen.

1302

1303 Dies zeigt, dass an der Integrationsfähigkeit auch von Menschen muslimischen  
1304 Glaubens keine Zweifel bestehen.

1305

1306 Wir begrüßen die Empfehlung des Wissenschaftsrates zur **Imamausbildung an**  
1307 **deutschen Hochschulen.** Es ist richtig und notwendig, die Ausbildung islamischer  
1308 Theologen in den Universitäten **unter staatlicher Aufsicht und in deutscher**  
1309 **Sprache** durchzuführen. Dies ist ein wesentlicher Schritt hin zu einer besseren  
1310 Integration muslimischer Mitbürger. Die CDU hatte bereits in ihrem Wahlprogramm  
1311 2006 und vor genau drei Jahren in einem Antrag „Islamische Religionslehrer an den  
1312 Berliner Universitäten ausbilden“ für diesen Weg geworben. Doch der Senat hat  
1313 wertvolle Zeit verstreichen lassen: Die Beantwortung des Prüfauftrags hat er bis  
1314 heute immer wieder verschoben. Nachdem nun die Empfehlung des  
1315 Wissenschaftsrates vorliegt, muss der Senat zügig handeln und die  
1316 Voraussetzungen für diesen Ausbildungsgang schaffen. Berlin sollte hier eine  
1317 Vorreiterrolle übernehmen. Ziel muss die akademisch fundierte Fortentwicklung hin  
1318 zu einem aufgeklärten, toleranten Islam sein, der die gesellschaftlichen Realitäten in  
1319 Europa akzeptiert und aufnimmt.

1320

1321 Wenn Imame in Deutschland ausgebildet werden und aus Deutschland stammen,  
1322 gehen die politischen Einflussnahmemöglichkeiten ausländischer Regierungen auf  
1323 die innenpolitische Lage Deutschlands zurück. Für die bereits in Berlin aktiven  
1324 Imame wollen wir Sprachausbildung und staatsbürgerliche Integrationskurse  
1325 anbieten. Denn wir wollen, dass **die Imame zu Brückenbauern zwischen**  
1326 **Deutschen und Muslimen** werden.

1327

1328 Berlin und Brandenburg sind die einzigen Bundesländer, in denen kein  
1329 **verfassungsmäßiger Anspruch auf bekenntnisgebundenen Religionsunterricht,**  
1330 **also auch Islamunterricht, an Schulen** besteht. Die CDU unterstützt die Einführung  
1331 islamischen Religionsunterrichts unter staatlicher Aufsicht und in deutscher Sprache.

1332

1333 Moscheen bauen zu dürfen, ist verfassungsrechtlich verbürgt. Aber auch das Recht,  
1334 an einzelnen Bauvorhaben Kritik zu üben, ist verfassungsrechtlich verbürgt. So sehr  
1335 wir uns **für das Recht zum Bau von Gotteshäusern für alle Konfessionen**  
1336 einsetzen, so sehr wehren wir uns gegen alle Versuche, die Sorgen der Bürger  
1337 entweder als verfassungsfeindlich und rassistisch zu verunglimpfen oder gar zum  
1338 Hass gegen religiöse Gruppen zu instrumentalisieren.

1339

1340 Die Bauherren von **Gotteshäusern** sind gut beraten, wenn sie ihre Bauvorhaben **in**  
1341 **die umliegende Bebauung einfügen**. Auch wird ein Gebäude, das dem westlichen  
1342 Architekturstil folgt, auf viel höhere Akzeptanz stoßen als ein Gebäude etwa im  
1343 orientalischen Stil. Es ist ein Gebot der Klugheit, die bestehenden Vorbehalte zu  
1344 berücksichtigen, anstatt sie zu ignorieren und auf diese Weise zu vergrößern. Dialog  
1345 und Transparenz, etwa zum Geschehen in den Moscheen und zur Finanzierung der  
1346 Bauten, steigern die Akzeptanz ebenfalls.

1347

1348 Dies gilt auch für den Bau von Minaretten und den Muezzinruf. Ein verantwortliches  
1349 Vorgehen erfordert es, auf die Empfindungen der Bürger Rücksicht zu nehmen, sie  
1350 emotional mitzunehmen und eine gewisse Zurückhaltung bei der Durchsetzung der  
1351 Projekte zu wahren. Wir sind sicher, dass diese Fragen im Einzelfall einvernehmlich  
1352 geregelt werden können.

1353

1354 Staatliche **Repräsentanten wie Lehrer und Polizisten sind im Dienst zur**  
1355 **religiösen Neutralität verpflichtet.** Deshalb soll es in diesen Fällen bei dem  
1356 bestehenden Kopftuchverbot bleiben.

1357

1358 Im Übrigen sind wir **gegen ein allgemeines Kopftuchverbot.** Kopftücher bedrohen  
1359 die verfassungsmäßige Ordnung nicht. Eine gewisse Gelassenheit im Umgang mit  
1360 dem Kopftuch ist geboten. Wir wollen auch nicht, dass die – oftmals gut  
1361 ausgebildeten – Trägerinnen des Kopftuches durch ein Kopftuchverbot in eine  
1362 illegale Parallelgesellschaft gedrängt werden. Wir wollen, dass sie bekennende  
1363 Träger unserer Verfassungsordnung werden.

1364

1365 **Hingegen lehnen wir Gesichtverschleierungen wie die Burka ab.** Sie behindern  
1366 die Integration und erhöhen die Vorbehalte gegen Menschen muslimischen  
1367 Glaubens. Angesichts der derzeit geringen Zahlen von Gesichtverschleierungen in  
1368 Berlin wollen wir die Entwicklung beobachten, mit den Vertretern des Islam  
1369 diskutieren und mit ihnen gemeinsam eine Lösung finden. Als letztes Mittel bleibt das  
1370 Verbot der Gesichtverschleierungen.

1371

1372 Der Islam in Deutschland und in Europa muss ein existentielles Interesse daran  
1373 haben, sich im Einklang mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung  
1374 weiterzuentwickeln. Wir sind **der festen Überzeugung, dass die Freiheit unserer**  
1375 **Verfassungsordnung** auf Dauer eine **erheblich stärkere Anziehungs- und**  
1376 **Prägestkraft** auf die bei uns lebenden Muslime hat als ein nicht in unsere  
1377 Verfassungsordnung integrierter, archaischer Islam, der der ursprünglichen  
1378 Lebenswirklichkeit manch eines arabischen Landes vergangener Zeiten entsprechen  
1379 mag, nicht aber der des Europas im 21. Jahrhundert.

1380

1381

## 1382 **17. Kriminalität konsequent bekämpfen**

1383

1384 Eine kleine Minderheit von zum Teil schwerstkriminellen Tätern mit  
1385 Zuwanderungshintergrund hat das Bild vieler Berliner von unseren Zuwanderern  
1386 negativ geprägt. Dem müssen wir entgegentreten.

1387

1388 Das geht nicht dadurch, dass – wie in der Vergangenheit üblich – das Thema der  
1389 Kriminalität unter Zuwanderern tabuisiert wird. Die Fakten müssen genannt und die  
1390 Probleme müssen gelöst werden. Zu den Tatsachen gehört, dass es sich ausweislich  
1391 der polizeilichen Kriminalstatistik für 2008 bei 79 % der so genannten Intensivtäter  
1392 um Jugendliche und Heranwachsende mit Zuwanderungshintergrund handelt. 47 %  
1393 sind arabischstämmig.

1394

1395 Zu den Tatsachen gehört auch, dass in bestimmten Stadtteilen Polizeieinsätze durch  
1396 blitzartige Zusammenrottung von ethnischen Gruppen gewaltsam unterbunden  
1397 worden sind. Oftmals stehen zweifelhafte Vorstellungen von Familien- und Clan-Ehre  
1398 über dem Respekt für den einzelnen Polizeibeamten und die staatliche Ordnung.  
1399 Dies beschädigt in erheblichem Maß die Autorität der Träger staatlicher Ordnung,  
1400 insbesondere der Polizei. Zudem befördert dies die Entwicklung von  
1401 Parallelgesellschaften, die anderen Gesetzmäßigkeiten folgen, nicht aber den  
1402 Gesetzen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

1403

1404 Das darf nicht hingenommen werden. **Wir können uns keine rechtsfreien Räume**  
1405 **in unserer Stadt leisten.** Das Gewaltmonopol des Staates und Recht und Ordnung  
1406 müssen durchgesetzt werden. Denn Integration ohne Sicherheit ist nicht realisierbar.  
1407 Es bedarf daher erheblicher Anstrengungen sowohl im präventiven, als auch im  
1408 repressiven Bereich, um auch diese Form der Kriminalität ideologiefrei zu  
1409 bekämpfen. Das gilt selbstverständlich nicht nur für Kriminalität aus den Reihen der  
1410 Zuwanderer, sondern für jede Form von Kriminalität.

1411

1412 Im Bereich der Prävention bei der Jugendkriminalität ist zum Beispiel das  
1413 sogenannte Intensiv- und Schwellentäterkonzept der Berliner Justiz weiter zu  
1414 entwickeln. Auch müssen die Voraussetzungen für eine schnelle Ahndung von  
1415 Delikten im Jugendkriminalitätsbereich weiterentwickelt werden. Das sogenannte  
1416 Neuköllner Modell ist auf ganz Berlin auszuweiten.

1417

1418 Wir müssen uns aber ebenso vor Augen halten, dass in der Intensivtäterdatei  
1419 548 Intensivtäter (davon 79 % mit Zuwanderungshintergrund) registriert sind. Wir  
1420 reden also über eine Minderheit, die in keiner Weise unser Bild der

1421 863.500 Menschen mit Zuwanderungshintergrund prägen sollte. Auch dies müssen  
1422 wir klar sagen.

1423

1424

### 1425 **18. Integrationspolitik zur Chefsache machen**

1426

1427 Wir dürfen für eine erfolgreiche Integrationspolitik in Berlin nicht noch mehr Zeit  
1428 verlieren. Wir können es uns nicht erlauben, dass die Menschen – ob mit oder ohne  
1429 Migrationshintergrund – mit den Herausforderungen der Integration vom Berliner  
1430 Senat allein gelassen werden. Insbesondere darf das Thema Integration nicht  
1431 deswegen durch die Maschen unterschiedlicher Ressorts fallen, weil es **keine klare**  
1432 **Verantwortung** gibt.

1433

1434 Was sind die Schlussfolgerungen? Wir müssen die **Kompetenzen in der**  
1435 **Integrationspolitik zur Chefsache machen** und in der Senatskanzlei des  
1436 Regierenden Bürgermeisters bündeln. Damit bekommt die Integrationspolitik eine  
1437 neue treibende Kraft. Einer Metropole wie Berlin, die Vorbild in der Integrationspolitik  
1438 werden sollte, stünde das gut zu Gesicht.

1439

1440 Alternativ wäre es sinnvoll, die Integrationspolitik mit der Bildungspolitik in einer  
1441 gemeinsamen Senatsverwaltung für Bildung und Integration zusammenzuführen.  
1442 Denn der Schwerpunkt der Integrationspolitik liegt im Bereich der Bildungspolitik.

1443

1444

1445

1446

1447

1448

1449

1450

1451

1452

1453

1454

1455 **IV. Abschließende Betrachtung**

1456

1457 Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst von Brandenburg, hat mit dem Edikt von  
1458 Potsdam 1685 fast 44.000 Hugenotten aufgenommen, die wegen ihres Glaubens  
1459 aus Frankreich flohen. Allein nach Brandenburg-Preußen immigrierten etwa 20.000  
1460 Flüchtlinge. **Ein Drittel der Berliner Bevölkerung waren zu dieser Zeit**  
1461 **Hugenotten.** Friedrich Wilhelm wollte mit Hilfe der Migranten die großen  
1462 ökonomischen Probleme seines Landes nach dem Dreißigjährigen Krieg lösen und  
1463 neue Handwerkszweige und Produktionsformen importieren. Das ist ihm auch  
1464 gelungen.

1465

1466 Dieses Beispiel zeigt: Die geschichtliche Entwicklung Berlins zur Weltmetropole ist  
1467 ohne Zuwanderung, Weltoffenheit und Toleranz nicht denkbar. Es zeigt aber auch:  
1468 Zuwanderung muss nach eigenen Interessen gesteuert werden, sie muss der  
1469 Stärkung der Stadt dienen.

1470

1471 Heute befindet sich Berlin im Umbruch. Durch Krieg und Teilung hat es seine  
1472 traditionelle Stärke in industrieller Hinsicht verloren. Zugleich ist Berlin bereits heute  
1473 ein internationaler Magnet für Wissenschaft, neue Technologien und Kultur. Es gilt,  
1474 die **Stärken Berlins systematisch auszubauen.** Diesem Ziel müssen auch unsere  
1475 Integrations- und Zuwanderungspolitik dienen.